

Humboldt-Universität zu Berlin

Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterforschung

---

SoSe 2010/ WS 2010/2011

Seminar: 53973 - Migration in die DDR (und BRD) - Ungleiche Machtverhältnisse und  
Interdependenzen sichtbar machen

Dozentin: Dr. Urmila Goel

### Projektseminararbeit

## „Mit der Wurzel ausgerottet...“

-

*Jüdisch-kommunistische Re\_Migrant\_innen*

*zwischen Antifaschismus und Antisemitismus in der frühen DDR*

Verfasserin:

Anne Bergmann  
3. Fachsemester:  
MA Gender Studies

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1 Theoretische Grundlagen.....	5
1.2 (Selbst-)Reflexion der verwendeten Quellen und der Vorgehensweise.....	6
1.3 Aufbau der Arbeit.....	7
2. Zurückgekehrt: Zur Motivation der jüdischen Re_Migrant_innen.....	8
3. Helmut Eschwege.....	12
3.1 Wege zum Sozialismus.....	12
Exkurs: Westemigrant_innen in der Ideologie der SED.....	15
3.2 „Aus Solidarität mit den überlebenden Juden“.....	19
3.3 Die Lehren des Slánský-Prozess ziehen ihre Kreise.....	21
3.3.1 Auf einmal „Parteifeind“.....	26
3.3.2 Vom „Kämpfer“ zum „Opfer“.....	29
4. Salomea Genin.....	30
4.1 Von der Angst „als Jüdin erkennbar“ zu sein und dem Wunsch „deutsch zu werden“.....	30
4.2 Verhinderte Rückkehr.....	32
4.3 Leben in der DDR: antisemitische Erfahrungen und antifaschistische Schutzschilder.....	36
4.4 Vergangenheitsbewältigung.....	39
5. Fazit.....	46
6. Abkürzungsverzeichnis.....	49
7. Literatur.....	50

# 1. Einleitung

Nach 1945 wandern zahlreiche Jüd\_innen<sup>1</sup> und jüdische Kommunist\_innen aus politischen Gründen<sup>2</sup> in die SBZ bzw. nach 1949 in die DDR ein, kehren aus dem Exil oder den Konzentrationslagern zurück oder beschließen, dort zu bleiben, wo sie nach jahrelanger Verfolgung angekommen sind. Helmut Eschwege und Salomea Genin gehören zur Gruppe der jüdischen Kommunist\_innen, die sich bewusst dafür entscheiden, in die SBZ (Eschwege) bzw. DDR (Genin) zu gehen, um dort den Aufbau des Sozialismus aktiv zu unterstützen und damit den Traum von einem „besseren“ Deutschland wahr werden zu lassen und mitzugestalten. Dabei stoßen beide auf verschiedenen Ebenen auf Schwierigkeiten, erfahren in unterschiedlichen Situationen Antisemitismus<sup>3</sup> und werden gezwungen, sich mit ihrem Jüdisch-Sein auseinanderzusetzen. Zwar entschließen sie sich aufgrund ihres Altersunterschieds zu anderen Zeitpunkten zu dem Schritt der Re\_Migration<sup>4</sup>, dennoch verbindet sie, dass sie sich früh in der kommunistischen Bewegung engagierten. Beide sind in jüdischen Familien in Deutschland aufgewachsen und konnten der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung im Ausland entgehen. Eschwege verließ Deutschland bereits 1934 und wanderte 1937 nach Palästina<sup>5</sup> aus; Genin konnte mit ihrer Mutter und ihrer Schwester 1939 nach Australien fliehen. Aufgrund ihrer Flucht in diese Länder, zählen beide zur Gruppe der sogenannten Westemigrant\_innen, welche seitens der SED insbesondere in den 1950er Jahren der Spionage verdächtigt wurden.

Seit einer früheren Auseinandersetzung mit Leben und Werk Rosa Luxemburgs hat mich die Verbindung von kommunistischer Politik mit Zuschreibungen des Weiblichen und des Jüdischen interessiert. Mir wurde bewusst, dass Antisemitismus nicht allein auf Seiten der Kräfte existiert,

- 
- 1 Jüdisch-Sein ist oftmals nicht nur eine Selbstdefinition, sondern auch eine Fremdzuschreibung. Als Jüd\_innen werden im Folgenden sowohl Menschen bezeichnet, die sich selbst aus verschiedenen Gründen als jüdisch verstehen (bspw. aufgrund familiärer Genealogien oder aus Religiosität), aber auch solche, die von außen als jüdisch markiert werden und dadurch teilweise auch von Antisemitismus betroffen sind und waren, in jedem Fall aber irgendwann in ihrem Leben sich mit der Herkunft, welche ihnen zugeschrieben wird und den Konsequenzen, welche für sie dadurch entstehen, auseinandersetzen müssen. Die Schwierigkeit einer Definition liegt darin begründet, dass an Jüdisch-Sein nicht nur der Glaube an eine Religion geknüpft ist, sondern auch kulturelle Traditionen und eine lange Geschichte der Verfolgung mit der auch immer die Konstruktion von „den Juden“, die je nach Zeit mit unterschiedlichen Stereotypen und Bildern gefüllt wurde und wird, verbunden war und ist.
  - 2 Sicherlich gab es auch andere Gründe, die zur Rückkehr bzw. zum Bleiben motivierten. Diese Arbeit fokussiert mit Helmut Eschwege und Salomea Genin jedoch insbesondere Personen, die aus erklärtermaßen politischen Gründen in die SBZ/ DDR re\_migrierten, weshalb anderweitige Beweggründe eher außen vor bleiben werden.
  - 3 Zum Begriff des Antisemitismus siehe bspw.: Thomas Hauray (2002), Klaus Holz (2001) sowie A.G. Gender-Killer (2005).
  - 4 Nicht alle Jüd\_innen, die in die SBZ/ DDR einwanderten, lebten vor dem Nationalsozialismus in dieser Region. Einige sind in Westdeutschland geboren und aufgewachsen (u. a.: Anna Seghers, Helmut Eschwege), andere bspw. in Polen (u. a.: Eugen Gollomb, Jurek Becker). Dem entsprechend kann auch nicht nur von Remigrant\_innen die Rede sein, die in ihre Heimat bzw. den Ort ihrer Kindheit und Jugend zurückkehrten.
  - 5 Ich spreche von Palästina solange von Zeiträumen vor der israelischen Staatsgründung (14. Mai 1948) die Rede ist.

die Luxemburg ermordeten, sondern auch die Linke eine noch immer nur in Teilen aufgearbeitete Geschichte eines *Antisemitismus von links* akkumuliert hat. Insbesondere in den realsozialistischen Staaten zeigten sich vor, aber auch nach 1945 antisemitische Tendenzen und Aktionen. Ein scheinbares Paradoxon: Die sich auf Gleichheits- und Gerechtigkeitsideale berufenden progressiven Systeme als Hort einer ideologischen Inkarnation des Reaktionären. Wie wurde dieser Widerspruch auf subjektiv-individueller Ebene erfahren und bewertet?

Es war vor allem diese Frage, die mich motivierte, mehr über die Sichtweisen und Lebensläufe von Menschen zu erforschen, die an die Verwirklichung der Utopie des Sozialismus geglaubt haben und deshalb in die SBZ/ DDR re\_migriert sind. Sie erzählen von einer anderen ebenfalls existenten „Wirklichkeit“ und Lebensauffassung, welche im Gegensatz zu den mir, als BRD-Sozialisierter, bisher bekannten Fluchtgeschichten aus der DDR stehen, die noch immer bzw. nunmehr wieder über eine starke mediale Präsenz sowie über die ideologische Hegemonie verfügen. Dabei finde ich insbesondere die Beweggründe von Jüdischen Kommunist\_innen spannend, die sich nach 1945 bewusst dafür entschieden haben, in der SBZ/ DDR zu bleiben bzw. dorthin zu re\_migrieren, obwohl sie Gründe gehabt hätten, nie wieder deutschen Boden zu betreten. Ein weiteres Anliegen war mir vor dem Hintergrund tagespolitischer Berichterstattung zu Israel meinen Blick für Antisemitismus zu schärfen. Deshalb war es mir auch wichtig, mich zunächst mit der Geschichte des Antisemitismus auseinanderzusetzen, um Entwicklungsstränge, Argumentationslinien, Strukturen und Semantiken zu erkennen und einen Begriff des Antisemitismus zu entwickeln.<sup>6</sup> Darüber hinaus wollte ich verstehen wie Antifaschismus, Antiimperialismus, Antizionismus und Antisemitismus in Beziehung zueinander stehen und welche Haltung die DDR aus welchen Gründen zu Israel eingenommen hat.

Die vorliegende Arbeit widmet sich nun der Frage, wie jüdische Kommunist\_innen in der DDR ihr Erleben von Antisemitismus darstellen und in welchem Zusammenhang diese Schilderungen mit der antifaschistischen Staatsideologie der DDR stehen. Dabei werde ich insbesondere untersuchen, inwiefern Antisemitismus und Geschlecht miteinander verwoben sind. Hierzu werden mit den Autobiographien von Helmut Eschwege und Salomea Genin die Geschichten von zwei anfänglich hochmotivierten und politisch engagierten jüdisch-kommunistischen Re\_Migrant\_innen exemplarisch analysiert, die ihre Überzeugung von der „kommunistischen Sache“ aufgrund ihrer Erfahrungen und Erlebnisse im Realsozialismus hinterfragen und in Zweifel ziehen. Beide Autobiographien sind aus einer Post-Wende-Perspektive geschrieben.

---

6 Siehe Kap. 1.1.

## ***1.1 Theoretische Grundlagen***

In den letzten Jahren sind zahlreiche Publikationen zu Antisemitismus und Jüd\_innen in der DDR erschienen, die teilweise allerdings von recht unterschiedlichen Antisemitismusdefinitionen ausgehen. Dabei steht u. a. zur Diskussion ob Antizionismus als eine Form von Antisemitismus zu betrachten ist. Je nachdem wie weit oder eng der eigene Antisemitismusbegriff gefasst wird, unterscheiden sich die Auffassungen. Wenn nur dann von Antisemitismus gesprochen wird, sobald dieser rassenbiologisch begründet wird und sich in offenen Angriffen gegenüber Jüd\_innen zeigt, liegt meines Erachtens nach ein zu enger Begriff des Antisemitismus vor. Dieser birgt die Gefahr, „die gegen Juden gerichtete Propaganda und Repression zu ignorieren“ (Haury 2002: 13). Dem gegenüber steht eine zu weite Definition von Antisemitismus, die Antizionismus umstandslos mit Antisemitismus gleichsetzt ohne hier zu differenzieren.

In meiner Analyse der Autobiographien von Eschwege und Genin werde ich mich insbesondere auf die historisch wie ideologietheoretisch argumentierende Studie *Antisemitismus von links* (2002) von Thomas Haury beziehen. Haury analysiert den Antizionismus der spätstalinistischen Säuberungen in der DDR mittels eines ideologietheoretischen Begriffs des modernen Antisemitismus und unter Bezugnahme auf die marxistisch-leninistische Ideologie sowie den Nationalismus der SED. Der Ideologie kommt im Kommunismus bzw. im Realsozialismus der DDR eine herausragende Bedeutung zu, sie ist zentrale Legitimationsgrundlage für die Herrschaft einer „Weltanschauungspartei“. Von daher ist es laut Haury unerlässlich das Verhältnis von Antisemitismus und Staatsideologie zu untersuchen, wenn ein derartiges Herrschaftssystem Antisemitismus hervorbringt (vgl. ebd.: 18f.). Haurys ideologietheoretisches Konzept des modernen Antisemitismus umfasst drei Ebenen:

„erstens die zentralen Inhalte des modernen Antisemitismus, zweitens dessen grundlegende Strukturprinzipien, das heißt die innere Logik, durch die der Antisemitismus die einzelnen Stereotype zu einem konsistenten Weltbild strukturiert, und drittens den integralen Zusammenhang von Antisemitismus und Nationalismus“ (ebd.: 22).

Eine These von Haury ist, dass die marxistisch-leninistische Ideologie Affinitäten zu antisemitischen Denkmustern zeigt (vgl. ebd.: 19). Des Weiteren bringt er den spätstalinistischen Antizionismus der DDR in Zusammenhang mit dem Konzept des „sekundären Antisemitismus“<sup>7</sup> und dem deutschen Nationalismus nach 1945 (vgl. ebd.: 22). Die konstitutive Verbindung von nationalem Selbst- und antisemitischem Fremdbild hat Klaus Holz bereits in *Nationaler Antisemitismus* (2001) überzeugend herausgearbeitet. Holz schlägt die Bezeichnung „nationaler Antisemitismus“ als Oberbegriff vor, „der rassistischen, nationalsozialistischen und

---

7 Siehe zum Begriff des sekundären Antisemitismus auch FN 59.

antizionistischen Antisemitismus als *Varianten* umfaßt“ (Holz 2001: 17). Dies erachte ich ebenfalls für sinnvoll, da mit zu engen und starren Abgrenzungen in sozialen, politischen, religiösen, rassistischen, nationalsozialistischen und antizionistischen Antisemitismus, Überschneidungen, Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten aus dem Blick geraten. Theoretische Grundlage für die Interdependenzen von Antisemitismus und Sexismus bzw. einen gegenderten Antisemitismus, der bei einigen von Genin geschilderten Erlebnissen besonders deutlich hervortritt, stellt der Sammelband *Antisemitismus und Geschlecht* (2005) der A.G. Gender Killer dar.

## ***1.2 (Selbst-)Reflexion der verwendeten Quellen und der Vorgehensweise***

Es sei an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass ich mit der Entscheidung für die Analyse der Autobiographien von Eschwege und Genin eine Auswahl getroffen habe, die selbstverständlich Einfluss auf die Ergebnisse dieser Arbeit nimmt. So habe ich mich u. a. deshalb für diese beiden Autobiographien entschieden, weil sie Antisemitismuserfahrungen in der DDR beschreiben und teilweise als solche auch selbst benennen. Diese Erlebnisse sind auf einer ersten Ebene subjektive und individuelle Erzählungen, Einschätzungen und Bewertungen von Genin und Eschwege, die diese aus einer Post-Wende-Perspektive vornehmen. Auch wenn zu vermuten ist, dass jene von anderen Jüd\_innen geteilt wurden, muss hervorgehoben werden, dass diese Autobiographien nicht als repräsentativ für das Leben von Jüd\_innen in der DDR gelten können und sollen. Die Möglichkeit anderer Erfahrungen und entsprechender Darstellungen soll also an dieser Stelle explizit betont werden. Mich haben aber gerade solche Darstellungen antisemitischer Erfahrungen, deren Analyse, Kontextualisierung sowie teilweise auch deren Erklärung und Interpretation interessiert.

Des Weiteren setzte ich notwendigerweise Schwerpunkte bei der Auswahl und Analyse von Textstellen, wodurch Auslassungen und evtl. auch Ausblendungen entstehen. Jedes Erinnern ist auch ein Vergessen. Ich „modelliere“ (vgl. Mecheril 2003) und transformiere das empirische Material, das ich den beiden Autobiographien entnehme zu einem neuen Text. Dabei interpretiere und bewerte ich, ordne ich Erlebnisse ein und hierarchisiere Informationen und Äußerungen der beiden. Es handelt sich um einen subjektiven Prozess, der aus einer anderen Perspektive sich anders gestalten und realisieren könnte. Motivation und Ziel dieser Arbeit sind nicht, zu „beweisen“ und zu „belegen“, dass es tatsächlich Antisemitismus in der DDR gegeben hat und dafür Eschwege und Genin als „Zeug\_in“ oder „authentische Stimmen“ (vgl. Castro Varela/

Dhawan 2007: 39f.) heranzuziehen. Vielmehr stehen die Fragen nach dem wie und dem warum im Fokus. In welchen Kontexten erfahren sie Antisemitismus und wie beschreiben sie diese Erlebnisse? Und wie ließen sich diese evtl. ideologietheoretisch erklären? Ich gehe dabei davon aus, dass die Äußerungen und Beschreibungen in den Autobiographien Repräsentationen sind und nicht etwa „wahre“ Abbildungen von Wirklichkeit. Es handelt sich um die jeweiligen Darstellungen, Wahrnehmungen und „Modellierungen“ (Mecheril 2003) von Eschwege und Genin, die diese im Wissen um das Scheitern ihres Traums von einem „besseren“ Deutschland aus einer Post-Wende-Perspektive vornehmen. Ihre „Modellierungen“ werden von mir historisch wie ideologietheoretisch kontextualisiert und in meine Vorstellung von Antisemitismus eingebettet, die versucht, interdependente Machtverhältnisse wie Sexismus, Nationalismus und Antisemitismus zusammen zu denken und sichtbar zu machen.

### ***1.3 Aufbau der Arbeit***

Im Folgenden soll zunächst der Frage nachgegangen werden, mit welcher Motivation Eschwege und Genin, aber auch andere jüdische Re\_Migrant\_innen nach dem Ende des Nationalsozialismus (NS) nach Deutschland, an den Ort, der Ausgangspunkt eines der größten Verbrechen der Geschichte geworden war, zurückkehren bzw. dort bleiben. Daran anschließend wird erst der Lebensweg Eschweges betrachtet, der bereits 1946 nach Dresden ging und dort u. a. als Historiker, Dokumentarist und Bibliothekar tätig war. Im Fokus der Analyse sollen die antisemitischen Erlebnisse stehen, welche Eschwege vorwiegend von institutioneller Seite im Zuge seiner Parteiüberprüfungen und -verfahren in den 1950er/ 1960er Jahren beschreibt. Hierbei soll beleuchtet werden, inwiefern diese mit der antifaschistischen Ideologie und Weltdeutung des Realsozialismus verknüpft sind. Sodann werden Genins Leben und ihre Erfahrungen als Frau und Jüdin in den Blick genommen, wobei insbesondere die Verwobenheit von Antisemitismus und Sexismus herausgearbeitet wird. Vor dem Hintergrund der DDR-Interpretation der „faschistischen“ Jüd\_innenverfolgung wird überdies Genins Changieren zwischen der Angst als Jüdin erkennbar zu sein und dem offensiven Umgang mit ihrem Jüdisch-Sein analysiert und betrachtet.

## 2. Zurückgekehrt: Zur Motivation der jüdischen Re\_Migrant\_innen

Die Entscheidung jüdischer Re\_Migrant\_innen für eine Rückkehr bzw. Migration nach Deutschland oder für das Bleiben dort ist vor dem Hintergrund des Holocaust und dem Fortwirken des Antisemitismus in großen Teilen der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit keinesfalls selbstverständlich.<sup>8</sup> Anna Seghers, die 1947 aus dem mexikanischen Exil nach Ostberlin kommt, schreibt in diesem Kontext bspw. über ihre Schwierigkeit, ein Land mit dem Wort Heimat zu belegen, das die Ermordung zahlreicher Freunde und Familienmitglieder zu verantworten hat:

„Es gibt zu viele andere Strecken der Welt, die ich lieb gewonnen habe. Damit will ich keine Treulosigkeit ausdrücken. Nur ist die Landschaft auch zu sehr an Grausamkeiten gebunden, an die Vernichtung der liebsten Menschen meiner Jugend.“ (Seghers 1947; zit. n.: Berger 2000: 126).

Gerade in der direkten Zeit nach Kriegsende erwarten jüdische Re\_Migrant\_innen enorme Widrigkeiten wie: Hunger, Zerstörung, Versorgungsengpässe, aber auch Hass und das Fortleben des Nazismus. Sie begeben sich in Feindesland. Die feindselige Stimmung gegenüber zurückkehrenden bzw. einwandernden Jüd\_innen, jüdischen Displaced Persons (DPs)<sup>9</sup> und Kommunist\_innen ist groß. Sie stoßen bei vielen Deutschen auf Abwehr, Verdrängung und Selbstmitleid (vgl. Hartewig 2000: 97). Das Klima der Nachkriegszeit ist ein antisemitisches. Die verdeckten Aggressionen entladen sich 1947/ 48 in antisemitischen Tumulten und der Schändung jüdischer Friedhöfe in allen vier Besatzungszonen (vgl. Bergmann 2004: 121f.).<sup>10</sup> Seghers schreibt in dieser Zeit an Georg Lukács: „Ich habe das Gefühl, ich bin in die Eiszeit geraten, so kalt kommt mir alles vor“ (Seghers 1948; zit. n.: Zehl Romero 1993: 96). Andere halten diese Atmosphäre nicht aus: „Manche der Zurückgekommenen vertrugen die seltsame, von Mißtrauen geschwängerte Luft bei uns nicht und wanderten weiter“ (Eschwege 1991: 59). Wird über antisemitische Vorfälle in der SBZ/ DDR zunächst noch bis 1949 öffentlich berichtet und eine Kampagne gegen Antisemitismus aufgrund der Ausschreitungen initiiert, gilt ab 1949 Antisemitismus als Problem der BRD und die „jüdische Frage“ in der SBZ als geklärt (vgl. Haury 2002: 313ff.). Die jüdischen und kommunistischen Re\_Migrant\_innen werden als „Teil der historischen Avantgarde“ (Hartewig 2000: 101) gefeiert.

In diesem politischen Klima trifft Helmut Eschwege 1946 in Dresden ein. Als er nach

---

8 Nach Umfragen der amerikanischen Besatzungsmacht 1946 sind 40 % der Bevölkerung antisemitisch, 20 % rassistisch und weitere 20 % nationalistisch eingestellt (vgl. Bergmann 2004: 122).

9 Unter Displaced Persons werden die Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik verstanden, die nach dem Krieg in Lagern untergebracht werden.

10 Vgl. auch: Groehler (1995: 293).



Kriegsende nach Deutschland zurückkehren möchte, ist es schwierig, ein Visum zu erhalten. Gleichzeitig stoßen seine Bestrebungen auch auf Unverständnis: „Öffentlich konnten wir unseren Wunsch nicht äußern, wir wären für verrückt erklärt worden“ (Eschwege 1991: 47). Schließlich ergibt sich für ihn aber die Möglichkeit über die damalige Tschechoslowakei zu reisen. Zu seinen Beweggründen, in die damalige SBZ einzuwandern, anstatt bspw. nach Hamburg zurückzugehen, schreibt Eschwege in seiner Autobiographie:

„Auf den Gedanken [...] kam ich, als die linken Presseorgane über die unterschiedlichen Verhältnisse in den besetzten Zonen berichteten. Ich las vom Willen der Arbeiterparteien in der damaligen Ostzone, das Potsdamer Abkommen über die Entnazifizierung und Bekämpfung der Rassenhetze in die Tat umzusetzen“ (Eschwege 1991: 50).<sup>11</sup>

Diese Hoffnung auf den Aufbau eines „besseren Deutschlands“, einer besseren Gesellschaft teilen viele jüdische Kommunist\_innen und Jüd\_innen, welche nach dem Krieg in die SBZ/DDR zurückkehren bzw. einwandern. Die DDR „bot mit dem Antifaschismus als Staatsräson für viele ehemals Verfolgte eine glaubhafte Antithese zum gerade überwundenen Terror“ (Kahane 2010: 8). Auch der Vater des Schriftstellers Jurek Becker, der mit seiner Familie vor dem Krieg in Lodz lebte und mit seinem Sohn zunächst das Ghetto von Lodz und schließlich mehrere Konzentrationslager überlebte, hat die Hoffnung, „daß die Diskriminierung von Juden gerade an dem Ort, an dem sie ihre schrecklichsten Formen angenommen hatte, am gründlichsten beseitigt werden würde“ (Becker 1992: 17). Er beschließt somit nach Kriegsende mit seinem Sohn in Ostberlin zu bleiben.<sup>12</sup> Die Ansprüche und Erwartungen der jüdischen Re\_Migrant\_innen sind hoch, es soll verhindert werden, „daß die Fehler der Vergangenheit jemals wiederholt werden“ (Seghers 1947; zit. n.: Zehl Romero 1993: 94). Für viele ist das gleichbedeutend mit dem Ziel der Ausrottung des Faschismus<sup>13</sup>. Ein Kampf, der nur von den Kommunist\_innen konsequent

---

11 Weitere wichtige Gründe für ihn waren außerdem: Seine Schwierigkeiten durch seinen Einsatz für die KP in Palästina, dass er noch keinen Beruf hatte und dass mehrere seiner Freunde in Palästina beschlossen hatten, in die SBZ zurückzukehren (vgl. Eschwege 1991: 48-50).

12 Jurek Becker vermutet des Weiteren: „[M]ein Vater [hat] nach dem Grundsatz gehandelt, daß einer, der sich nirgendwo hingezogen fühlt, am bequemsten gleich da bleiben kann, wo er gerade ist“ (Becker 1992: 16). Sein Vater habe im Krieg insofern die Heimat verloren, „als Heimat in erster Linie ja aus Menschen besteht und nicht aus Landschaft; aus Verwandten, Freunden, Vertrauten. Die waren nicht mehr da, die waren tot, im glücklichsten Fall spurlos verschwunden“ (ebd.).

13 In der DDR wurde die Bezeichnung Nationalsozialismus abgelehnt und stattdessen ein Faschismusbegriff lanciert, welcher sich an die theoretischen Traditionen marxistisch-leninistischer Weltdeutung sowie an die mit dem Namen Dimitroff verbundene Faschismusdefinition anlehnt (Siehe hierzu FN 20). Demnach wird der NS (nur) als eine andere Form bürgerlicher Herrschaft begriffen, dessen Antikommunismus zentral gesetzt wird. Des Weiteren werden die ökonomischen Interessen der „Hitlerclique“ und die Rolle des „Finanzkapitals“ sehr stark hervorgehoben. Die Interpretation des NS als Faschismus birgt die Gefahr der Universalisierung und Entnationalisierung des selbigen und ist vor dem Hintergrund der neueren Holocaustforschung zumindest fragwürdig. Ein derartiges Verständnis des NS spricht diesem und dem Holocaust seinen singulären Charakter ab und begreift ihn als „an jedem beliebigen Ort mögliche und zahlreich auftretende diktatorische Regierungsform des Kapitalismus in Zeiten der Krise“ (Haury 2002: 377f.). Der NS wird dadurch mit anderen Diktaturen gleichgesetzt und letztlich verharmlost. Gleichzeitig kann das „deutsche Volk“ von seiner jüngeren

geführt werden könne, die dadurch die Schaffung einer neuen und moralisch besseren Gesellschaft ermöglichen. Auch Maxim Leo spricht von der Hoffnung seines Großvaters Gerhard Leo: „eine neue Gesellschaft zu errichten, in der Nazis nie mehr eine Chance haben würden“ (Leo 2009: 180).

Salomea Genin, die als Sechsjährige mit ihrer Mutter und ihrer Schwester 1939 nach Australien flieht, beschreibt den Idealismus und die Motivation einiger ihrer deutschen Bekannte und Freunde in Australien, die sich gegen Kriegsende auf eine Rückkehr nach Deutschland vorbereiten, für ihre politische Überzeugung auch die größten Widrigkeiten in Kauf zu nehmen:

„Sie waren bereit, zu hungern und zu frieren, wenn sie nur ihre ganze Kraft in den Aufbau eines neuen, menschlichen Deutschlands einbringen konnten, von dem nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus ausgehen durfte. Innerhalb der Gruppe wurde die Bereitschaft zur Rückkehr eine moralische Messlatte und der Rückkehrwillige als der Bessere, Fortschrittlichere angesehen.“ (Genin 2009: 42).

Der Neuaufbau wird von vielen als Chance begriffen, als Chance zur Veränderung. Genin möchte sich ihren nach Deutschland zurückkehrenden Freunden und Bekannten gerne anschließen, aber sie ist erst zwölf als diese fahren. Derweil ist sie in Australien politisch aktiv: redet auf Versammlungen, verkauft Zeitungen und nimmt an Demonstrationen teil. 1951 kann sie mit der australischen Delegation zu den 3. Weltfestspielen der Jugend nach Ostberlin reisen. Als sie dort an Ruinen vorbeifährt, denkt sie:

„Es gab für mich keinen Zweifel: Aus diesen Steinen wird die neue, gerechte Welt gebaut. 1951 war die DDR für viele das bessere Deutschland [...] Ich wusste, die DDR wurde von mutigen und opferbereiten antifaschistischen Widerstandskämpfern regiert.“ (ebd.: 64f.).

Die DDR berief sich „direkt auf das 'Vermächtnis' der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern“ (Herbert 1992: 20). Es darf nicht unterschätzt werden, welche enorme Prägekraft der „idealistische Antifaschismus“ (ebd.) für die Re\_Migrant\_innen aber auch für die

---

Vergangenheit entlastet und von Mitschuld sowie Mitverantwortung freigesprochen werden, wenn als Verantwortliche des „Faschismus“ und damit auch des Holocaust „die Hitlerclique“ und „das Finanzkapital“ ausgemacht werden. Moishe Postone wendet sich in seinem Aufsatz *Antisemitismus und Nationalismus* gegen solche Ansätze, welche allein die angebliche Funktionalität des NS für den Kapitalismus fokussieren, und hebt dagegen die „qualitative Besonderheit“ (Postone 2005/ 1979: 177) der Shoah hervor, welche die kapitalistische (profitorientierte) Rationalität sprengt: „Die Vernichtung der Juden war kein Mittel zu einem anderen Zweck [...] Es gab auch kein „äußeres“ Ziel. Die Vernichtung der Juden musste nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck – Vernichtung um der Vernichtung willen –, ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte“ (ebd.). Postone richtet sich mit seiner Kritik insbesondere gegen den seinerzeit hegemonialen Faschismus- und Nazismusdiskurs in der bundesdeutschen Linken, die durch den inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs diesen entwertet und die „Besonderheit der deutschen Vergangenheit“ (ebd.: 173) aus den Augen verliert. Siehe zur Kommunistischen Faschismuskritik: Wippermann (1997: 11-28). Zur Auseinandersetzung mit dem Faschismusbegriff: Wippermann (1997: 101-106) und Ian Kershaw (2006: 49-60). Sowie zur wohlwollenden Integration der marxistischen Faschismustheorie in die moderne Faschismusforschung: Kershaw (2006: u. a. 69-79).

Bevölkerung und die SED besaß, auch wenn er im Laufe der Jahre zusehends zu einer „formelhaft erstarrten Staatsdoktrin“ (ebd.) verkommen sollte. Zumindest in den Anfangsjahren der DDR sah das noch anders aus:

„Dadurch, daß nahezu alle Spitzenfunktionäre in Regierung und Staatspartei der DDR Gegner des Nationalsozialismus gewesen und nicht wenige von ihnen von den Nazis verfolgt worden waren, wurde dieser Antifaschismus auch durchaus glaubwürdig“ (ebd.).

Genin sehnt sich danach, herauszufinden, ob die DDR ihre Heimat ist. Einerseits ist sie auf der Suche nach ihren „nationalen Wurzeln“ (Genin 2009: 62), andererseits möchte sie Distanz zu ihrer Familie schaffen, „der Sache“ des Sozialismus dienen und damit ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten. Sie ist von einem ähnlich hohen, zukunfts gewissen Idealismus beseelt wie viele Kommunist\_innen der Aufbaugeneration. Die DDR muss ihr wie die Verkörperung ihrer Wunschwelt erscheinen, wie gelebte Utopie:

„Ich träumte davon, Geschichtslehrerin zu werden, um den Kindern in der DDR ein antifaschistisches, kommunistisches Weltbild zu vermitteln. Ich wollte unter Kommunisten leben, die ich mir in der DDR so vorstellte, wie meine australischen Genossen: erfüllt von Idealen von Gerechtigkeit und dem Mut, gegen den Strom zu schwimmen.“ (ebd.: 68).

Maxim Leo spricht von der DDR als dem „Traumland“ der Überlebenden,

„in dem sie all das Bedrückende vergessen konnten, was bis dahin geschehen war. [...] Die Verfolgung, der Krieg, die Gefangenschaft, all die furchtbaren Dinge [...] konnten unter dem riesigen Haufen der Vergangenheit begraben werden. Von nun an zählte nur noch die Zukunft. Und aus dem Trauma wurde der Traum“ (Leo 2009: 181).

Im Folgenden gilt es nun zu untersuchen, wie das Leben jüdischer Kommunist\_innen in der DDR in den Autobiographien von Eschwege und Genin dargestellt wird. Welche Erfahrungen beschreiben sie? Erfüllten sich ihre Erwartungen? Auf welche Schwierigkeiten und Widersprüche stießen sie?

### 3. Helmut Eschwege

#### 3.1 Wege zum Sozialismus

Helmut Eschwege wird am 10. Juli 1913 in Hannover als Sohn streng religiöser Eltern geboren. Damit die Kinder eine jüdische Schule besuchen können, zieht die Familie 1919 nach Hamburg. Eschwege tritt 1929 der *Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)*, dem *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* und der SPD bei. Durch diese Organisationen entfremdet er sich zunehmend der Religiosität und die orthodoxe Haltung seiner Eltern stößt ihn ab. Nach seiner Ausbildung zum Kaufmann geht Eschwege zunächst auf Wanderschaft, ehe sein Vater ihn auf einer jüdischen Lehrfarm der orthodoxen zionistischen Organisation *Misrachi* unterbringt, welche Landwirte für Palästina ausbildet. Dort hält er es aber aufgrund seiner religiösen Distanz nur zwei Monate aus. Eschwege entschließt sich daraufhin eine Siedlerschule, die ihn in einem einjährigen Kurs auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiten soll, zu besuchen. Mit Hilfe der links zionistischen Organisation *Haschomer Hazair* reist er 1934 zunächst nach Dänemark aus. Von dort wird er aber aufgrund seiner politischen Aktivitäten für die Arbeiterjugend nach kurzer Zeit des Landes verwiesen. Als nächstes plant Eschwege, über Lettland nach Birobidschan<sup>14</sup> in der Sowjetunion zu gelangen. Er ist jedoch gezwungen, weiter nach Estland zu fahren, wo er letztlich zweieinhalb Jahre bleibt. Dort arbeitet er u. a. in einem Kibbuz, aufgrund seiner kommunistischen Verbindungen gerät er aber sowohl mit dem zionistisch ausgerichteten Kibbuz als auch mit den staatlichen Behörden erneut in Schwierigkeiten. Schließlich wandert er 1937 nach Palästina ein. Auch hier arbeitet Eschwege zunächst in einem Kibbuz, muss diesen aber nach einigen Monaten ob seiner kommunistischen Einstellung verlassen. Gleiches widerfährt ihm in einem anderen links zionistischen Kibbuz und später an anderen Orten. In Palästina schließt Eschwege sich 1939 der *Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)* und der zu dem Zeitpunkt noch illegalen KP an. Befreundet ist er damals auch mit Mitgliedern des *Brith Schalom*, welche versuchen, zu Araber\_innen freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Während des Zweiten Weltkrieges meldet Eschwege sich freiwillig im englischen Rekrutierungs- und Militärlager Sarafend.<sup>15</sup> Dort wird er ausgebildet und bleibt in Palästina bis Kriegsende eingesetzt. Danach

14 Unter Stalin wurde in dem Gebiet an der Grenze zur Mandschurei (China) 1934 die „Jüdische autonome Region Birobidschan“ gegründet und die Ansiedlung von Jüd\_innen gefördert. Einerseits sollte damit die sowjetische Grenze gesichert werden, andererseits eine territoriale Gegenlösung zu dem zionistischen Projekt in Palästina gesetzt werden. Siehe hierzu: Schoeps (1992: 76).

15 Zuvor hatte er sich bei der sowjetischen Rekrutierungskommission gemeldet. Es wird nicht ganz klar, ob diese Eschwege nicht aufnimmt, weil er Jude und Deutscher ist, oder evtl. tatsächlich aus taktischen Gründen. Eschwege hatte sich dort als Deutscher vorgestellt. Daraufhin wird ihm mitgeteilt, dass er nach Meinung der Kommission Jude sei und als solcher vertrieben wurde. Nachdem er angibt, der KP anzugehören, wird er an die englischen Streitkräfte verwiesen mit der Begründung, dass die SU über genügend Kommunisten verfüge (vgl. Eschwege 1991: 45f.).

wandert Eschwege 1946 über Prag in die SBZ ein und lässt sich in Dresden nieder, zum einen in der Absicht, sich an der Entnazifizierung zu beteiligen und für die KP zu arbeiten, zum anderen in der Hoffnung, dass sich Bekannte aus Palästina ebenfalls dort ansiedeln würden.<sup>16</sup>

In Dresden beschließt Eschwege, sich um die Beförderung des von den Nazis geraubten deutschsprachigen Buchbestandes von Prag nach Deutschland zu kümmern. Dieses Vorhaben ist u. a. durch das Bestreben nach einer Umerziehung der deutschen Bevölkerung motiviert. Mit den Büchern aus Prag können in Sachsen die ersten antifaschistischen Bibliotheken eröffnet werden. Bei seiner Arbeit für die Kreisleitung der SED ab April 1947 übernimmt Eschwege dann auch den Literaturvertrieb und wird zusätzlich Bibliothekar in einer der neuen Bibliotheken. Ein Jahr später wird er Angestellter des SED-Landesvorstands und beginnt mit dem Aufbau eines historischen Archivs der Arbeiterbewegung. Dieses wird Ende 1951 in das Museum für deutsche Geschichte in Ostberlin überführt, wo Eschwege Leiter der Abteilung Sammlung wird.<sup>17</sup>

In den Anfangsjahren der DDR bzw. schon vorher in der SBZ wird dem Ziel der Umerziehung ein hoher Stellenwert beigemessen. Dabei wird zunächst auch die Bewusstmachung von Versagen und Schuld bei der Bevölkerung als vornehmliche Aufgabe und Voraussetzung für einen Neuanfang betrachtet (vgl. Zehl Romero 1993: 98). Dies ändert sich jedoch Anfang der 1950er Jahre als eine „nationale Wende“ (Haury 2002: 372) in der Geschichtsschreibung der DDR und damit eine Ideologische Umdeutung der deutschen Geschichte stattfindet. Die in den ersten Nachkriegsjahren dominante „Misere-Konzeption“, welche den NS als *Irrweg einer Nation* (Abusch 1946), als „deutsche Katastrophe“ (ders. 1946/ 1967: 18), die „entscheidend durch deutsche Ursachen bedingt“ (ebd.: 19) sei, interpretiert und eine erhebliche Mitverantwortung sowie „spezifisch deutsche Schuld“ (ebd.: 18) anerkennt,<sup>18</sup> wird verdrängt von der Vorstellung des von Hitler und den „Konzernherren“ verführten und fehlgeleiteten Volkes, das letztlich Opfer ist.<sup>19</sup> Im Rückgriff auf die *Dimitroffsche Faschismusdefinition*<sup>20</sup> kann das

---

16 Siehe zu Eschweges Werdegang bis 1946: Ebd.: 12-50.

17 Siehe zu Eschweges beruflicher Tätigkeit von 1946-1952: Ebd.: 56-67.

18 Siehe ergänzend zu Abusch Siegbert Kahns Buch: *Antisemitismus und Rassenhetze* (1948). Kahn beschreibt darin die nationalsozialistische Ermordung der Jüd\_innen und spricht von der Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung.

19 Ein Beispiel ist für ein derartiges Geschichtsverständnis ist: „Die Legende vom 'deutschen Sozialismus'“ von Walter Ulbricht (1945). Demnach seien „Rüstungsindustrielle und Bankherren“ (ebd.: 11) die wahren „Auftraggeber“ (ebd.: 33) des Faschismus. Dabei werden „schaffendes deutsches Volk“ und „verräterische Finanzkapitalisten“ als Gegensätze aufgebaut, so dass das „deutsche Volk“ von jeglicher Schuld freigesprochen werden kann und es als Opfer der „Hitlerclique“ (ebd.: 32) erscheint. Siehe auch Haury (2002: 374-376).

20 Nach der Dimitroffschen Faschismusdefinition wird der NS als das Produkt der Machenschaften einer Gruppe von Finanzkapitalisten verstanden. Georgi Dimitroff hielt 1935 seine berühmte Rede: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ auf dem VII Weltkongress der Komintern. In seiner Rede definiert er Faschismus in Anlehnung an den Beschluss des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern von 1933. Dieser besagt,

„deutsche Volk“ von der Last der Verantwortung für den Holocaust befreit werden und ein positiver Bezug auf die „deutsche Nation“ sowie die Herstellung eines „gesunden Nationalgefühls“ erscheinen wieder möglich (vgl. Haury 2002: 370-373). Dies wird begleitet von einem Prozess der Verdrängung und Verklärung der jüngeren Vergangenheit. Andererseits sitzen gleichzeitig auch Misstrauen und Enttäuschung der aus dem kommunistischen Widerstand kommenden Führung der DDR „gegenüber dem eigenen Volk, dem sein Verhalten in zwölf Jahren Naziherrschaft eigentlich nie verziehen wurde“ (Groehler 1992: 33), tief. Anne Leo fragt deshalb zu Recht:

„Wie haben sie ihren Groll begraben können, als sie 1945 aus den Lagern kamen und Verantwortung übernahmen für das Volk? Wie viele von ihnen konnten jemanden vertrauen, der nicht ihr Schicksal durchlebt hatte?“ (Zit. n. Leo 2009: 245).

Der ostdeutsche Historiker Olaf Groehler ist gar der Ansicht, dass aufgrund der „Unberechenbarkeit der eigenen Bevölkerung“ nie „ein von Mißtrauen, Kontrolle und Überwachung freies Verhältnis“ (Groehler 1992: 33) habe entstehen können. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangt auch Maxim Leo:

„Sie [Ulbricht und Markus Wolf] haben nie vergessen, dass die Menschen, über die sie jetzt herrschten, dieselben waren, von denen sie einst aus Deutschland vertrieben worden waren. Für sie war klar, dass man dieses Volk nur mit Gewalt und schärfster Kontrolle regieren kann. Die Staatssicherheit, der Spitzelstaat, die militärisch durchorganisierte Gesellschaft, waren die Folgen des tiefen Misstrauens dem eigenen Volk gegenüber“ (Leo 2009: 176).

Dieses Misstrauen sollte auch Eschwege zu spüren bekommen und zwar nicht obwohl, sondern gerade weil er als Parteimitglied im kommunistischen Widerstand in Palästina aktiv war, denn damit zählte er zu der höchst verdächtigen Gruppe der sogenannten Westemigrant\_innen.

---

der „Faschismus an der Macht“ sei „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Protokoll des XIII. Plenums des EKKI 1933: 277; zit. n. Wippermann 1997: 21). Gleichzeitig tritt Dimitroff für eine Aufgabe der Sozialfaschismusthese und die „Einheit der Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus“ ein. Siehe hierzu auch: Wippermann (1997: 21-25).

## **Exkurs: Westemigrant\_innen in der Ideologie der SED**

In seiner Autobiographie berichtet Eschwege von folgender Begebenheit, um die ideologische Weltdeutung der SED zu veranschaulichen. Als er 1946 in Dresden eintrifft, sei er damit beauftragt gewesen, die Einreise von Freund\_innen und Bekannten aus Palästina zu ermöglichen. Eine entsprechend angefertigte Liste mit den Namen der Genoss\_innen habe er deshalb der Parteiführung übergeben. Bei seinen regelmäßigen Anfragen über den Stand der Bearbeitung wird er seinen Ausführung nach jedoch ständig vertröstet. Letztlich geht die Liste angeblich verloren und auch eine neue Liste, die in Palästina erstellt wird, bleibt unauffindbar (vgl. Eschwege 1991: 58f.). Eschwege glaubt hierbei nicht an einen Zufall oder Versehen, sondern erklärt sich die Nicht-Reaktion der Parteiführung mit deren ideologischem Weltverständnis:

„Später erfuhr man, daß bereits zu dieser Zeit die obskure Ideologie vorherrschte, wonach Westemigranten mit festen Aufträgen des Imperialismus in sozialistische Länder zurückkämen, um die sozialistische Entwicklung rückgängig zu machen. Deshalb war man bestrebt, möglichst wenige der sogenannten westlichen Agenten in die sowjetisch besetzte Zone einreisen zu lassen. Die Absperrung richtete sich also nicht nur gegen die Rückkehrer aus Palästina, sondern gegen alle, die aus kapitalistischen Ländern kamen.“ (Eschwege 1991: 59).

Die Re\_Migrant\_innen in der SBZ/ DDR werden je nach Ort der Emigration, des Exils, der Kriegsgefangenschaft in zwei Gruppen unterteilt. So wird unterschieden zwischen den sogenannten Politemigrant\_innen, womit die deutschen Kommunist\_innen gemeint sind, die während des NS Zuflucht in der SU suchten, und den Westemigrant\_innen, die in westliche (kapitalistische) Länder oder Palästina emigrierten oder dort in Kriegsgefangenschaft waren. Durch die von Moskau geforderte Parteidisziplin stehen die Politemigrant\_innen unter einem enormen Druck und zeigen starke Vorbehalte gegen diejenigen, die nicht mit ihnen in die SU gegangen sind, gegen die vermeintlich unpolitischen Westemigrant\_innen. Jüd\_innen, die nicht aus politischer Verfolgung aus Deutschland geflohen sind, werden teilweise gar als „Wirtschaftsemigranten“ (SAPMO-BA, DY 30 IV 2/4/111: 31f.; zit. n. Haury 2002: 414). diffamiert, was nicht nur das Ausmaß der rassistischen jüdischen Verfolgung und Not im nationalsozialistischen Deutschland herunterspielt, sondern sich außerdem der alten antisemitischen Verknüpfung von Ökonomie, Handel und Geld mit „dem Juden“ bedient (vgl. bspw. Haury 2002: 31-35).

Das gegen Westemigrant\_innen gerichtete Misstrauen erfährt scheinbar auch der Westemigrant Eschwege als er sich für die Einwanderung seiner Freund\_innen, die ebenfalls allesamt durch ihre Emigration nach Palästina als Westemigrant\_innen gelten, einsetzt. Westemigrant\_innen stehen unter Generalverdacht, weil sie ins sogenannte kapitalistische Ausland geflohen sind. In

den Augen der SED schwingt die Gefahr mit, dass sie dort *quasi* „infiziert“ und von westlichen, „bürgerlichen“ Einflüssen infiltriert worden seien und somit „ideologisch aufgeweicht“ und für liberalistische Vorstellungen anfällig wären. Dieser Logik folgend gelten sie bald als mögliche Agent\_innen des US-Imperialismus, als vom Ausland bezahlte innere Feinde, deren Auftrag die Untergrabung der vorgeblichen Einheit von Volk und Regierung ist. Somit kann das äußere Feindbild des Imperialismus durch seine Personifikation, die „Verräter\_innen“ im Inneren, auch praktisch verfolgt werden (vgl. Haury 2002: 357). Den inneren Feind gilt es ausfindig zu machen und zu bekämpfen. Verständlicher wird diese Denkweise, wenn daran erinnert wird, dass kurz nach Kriegsende bereits bald die „Zwei-Lager-Theorie“<sup>21</sup> des beginnenden Kalten Krieges bestimmend war. Ab 1948 setzt eine regelrechte „Agentenhysterie“ (ebd.: 356) ein. Mittels Parteiüberprüfungen soll die feindliche Agententätigkeit abgewehrt und die Einheit der Partei gefestigt werden. Die ersten Parteisäuberungen Ende 1948 sind hauptsächlich gegen den „Sozialdemokratismus“<sup>22</sup> gerichtet. Doch durch den *Rajk-Prozess*<sup>23</sup> im September 1949 in Ungarn wird auch eine Säuberungswelle gegen Westemigrant\_innen losgetreten. Das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED beschließt im Oktober 1949, Genoss\_innen, die aus der westlichen Emigration oder Kriegsgefangenschaft in die SBZ zurückgekehrt waren, zu überprüfen. Sie sollen aus „der vordersten Linie des Parteiapparats“ (Hartewig 2000: 318) zurückgezogen werden. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED verlangt von Westemigrant\_innen in wichtigen Funktionen schriftliche Berichte über deren Zeit in der Emigration, ihre Kontakte zu Noel Field<sup>24</sup> oder anderen möglichen Westagent\_innen, und über ihre eigene politische Vergangenheit und Entwicklung (vgl. ebd.). Ziel ist es, die SED zu einer

---

21 Auf dem Gründungskongress des *Informationsbüro der (europäischen) Kommunistischen und Arbeiterparteien* (Kominform) im September 1947 erklärt Andrei Shdanow deren marxistisch-leninistische Weltsicht mit der „Zwei-Lager-Theorie“. In seiner Rede reagiert Shdanow auf die zuvor vom damaligen US-Präsidenten Harry S. Truman formulierte *Truman-Doktrin*. Laut Shdanow stehen sich das antifaschistisch-demokratische Lager des Friedens unter Führung der SU und das imperialistische-antidemokratische Lager unter der Vorherrschaft der kriegstreibenden USA einander gegenüber. Siehe: Haury (2002: 350f.).

22 Sozialdemokratie wurde in der kommunistischen Bewegung zeitweise mit Faschismus gleichgesetzt: „Sozialfaschismusthese“ (vgl. Wippermann 1997: 13; 17-21). Beide wurden als „Kampfmittel der großkapitalistischen Diktatur“ (Resolution des V. Weltkongresses der Komintern; zit. n. Wippermann 1997: 17) betrachtet.

23 László Rajk, früherer ungarischer Innen- und amtierender Außenminister, Teilnehmer des spanischen Bürgerkriegs und überzeugter Kommunist wird 1949 im Zuge der stalinistischen Säuberungen in Ungarn hingerichtet. Zuvor erfolgte ein Schauprozess in dem er u. a. als „Haupt einer Verschwörung“ überführt werden sollte. Rajk habe angeblich sowohl Kontakte zu westlichen Geheimdiensten über Noel Field als auch nach Jugoslawien gehabt und mit diesen zusammengearbeitet. Siehe hierzu: Meining (2002: 136-139).

24 Der US-Amerikaner Noel Field, Diplomat und Kommunist, leitete während des Zweiten Weltkrieges die US-Hilfsorganisation *Unitarian Service Committee* (USC), welche Flüchtlinge insbesondere im besetzten Frankreich unterstützte und versorgte. Dabei hatte er auch Kontakt zu zahlreichen kommunistischen Emigrant\_innen. Im Zuge der stalinistischen Säuberungen wird er zum imperialistischen Agenten und Spion des US-Geheimdienstes erklärt. 1949 wird Field vom ungarischen Geheimdienst in Prag verhaftet und erst 1955 wieder entlassen. Alle die mit ihm irgendwann einmal in Kontakt standen, bspw. weil sie von USC Hilfe erhielten, geraten in Folge seiner Verhaftung in den Verdacht, amerikanische Spione zu sein. Siehe hierzu: Hartewig (2000: 323-334).



„Kampfpartei des Marxismus-Leninismus, zu einer wirklichen Partei neuen Typus“ (Dokumente II/1951: 78) zu formen: fügsam, diszipliniert, ideologisch fest geschlossen und streng hierarchisch-zentralistisch organisiert. Mit der sich abzeichnenden Gründung eines westdeutschen Staates 1947/ 1948 und der Verschärfung des Kalten Krieges beginnen die Ostausrichtung<sup>25</sup> der SED und „der Ausbau eines Einparteienstaats nach sowjetischem Muster“ (Haury 2002: 340). Noch bis dahin wurde „die Option auf ein nichtwestliches 'antifaschistisch-demokratisches', nach und nach in ein Sowjetsystem transformierbares Gesamtdeutschland“ (ebd.: 339) erwogen. Ab 1951 wird die Überprüfungsprozedur mit dem Bestreben der Disziplinierung und unbedingten Unterordnung der Genoss\_innen unter die Parteiführung auf alle Parteimitglieder ausgeweitet.

Laut Haury deckt sich die ideologische Grundstruktur der Überprüfungs- und Säuberungsphase der SED mit dem modernen, nationalen Antisemitismus<sup>26</sup> (vgl. ebd.: 357). Sabotage, Zersetzungsarbeit und Spionage werden durch „feindliche Agenten“, „Volksschädlinge“<sup>27</sup> und „Volksfeinde“ überall vermutet und gefürchtet. Dabei wird das Bild des durch „heuchlerische Finanzhaie“, „Spekulanten der Wallstreet“, „amerikanische Dollargeier“ und eine „Handvoll habgieriger Milliardäre“ bedrohten „deutschen Volkes“ gezeichnet. Es wird das Szenario einer Weltverschwörung von US-Imperialisten und internationalen Finanzkapitalisten, welche im Hintergrund „an den Strippen ziehen“, „geheime Fäden“ spinnen, verschwörerisch „gegen den Weltfrieden“ agieren und nach der Weltherrschaft streben, entworfen (vgl. ebd.: 351-353).

Die Ideologie und Propaganda der SED zeichnen sich zu dieser Zeit durch Manichäismus<sup>28</sup>,

---

25 Im Juni 1948 verkündet der Parteivorstand der SED: „Die Ausrichtung unserer Partei hat sich eindeutig und ohne jeden Vorbehalt nach dem Osten zu orientieren.“ (Zit. n. Haury 2002: 340).

26 Der *moderne* Antisemitismus, als qualitativ neues Phänomen, steht in engem Zusammenhang mit der Modernisierung und Industrialisierung der europäischen Gesellschaften und wird zumeist in der Zeit zwischen 1879 und 1945 verortet. Ein zentrales Merkmal des modernen Antisemitismus stellt sein Weltanschauungscharakter dar. Im Gegensatz zum Antijudaismus des Mittelalters wird nun mit Hilfe „der Juden“ die Welt oder vielmehr die im Entstehen begriffene moderne Gesellschaft mit ihren zentralen Bereichen Ökonomie, Politik und Kultur erklärt. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus erhält die historische Verknüpfung von Juden mit Geld und Handel eine neue Dimension. Im modernen Antisemitismus werden Juden mit der Erscheinungsebene der kapitalistischen Ökonomie (Geld, Zirkulation etc.) identifiziert. Die subjektlose, eigendynamische Herrschaft des Kapitals wird in „den Juden“ personifiziert und ihnen gleichzeitig „die Zerstörung einer vorgeblichen ökonomischen Idylle einer solidarischen Gemeinschaft“ (Haury 2002: 34) angelastet. Auf der politischen Ebene wird hinter den unverständlichen Vorgängen und Entwicklungen des „alle Lebensbereiche umfassenden Umbruchs zur modernen Gesellschaft“ (ebd.) eine geheime Macht, „die Juden“, als Verursacher vermutet. Auf kultureller Ebene werden Jüd\_innen mit moderner Lebensweise und Massenkultur verbunden. Sie werden verantwortlich gemacht für die Auflösung beständiger Werte, Normen und Moralvorstellungen. Siehe zu den Anfängen des modernen Antisemitismus: Bergmann (2004: 38-51) und Ley (2003: 103-111). Der moderne Antisemitismus zeichnet sich durch seine Verknüpfung mit dem Nationalismus aus. Siehe hierzu: Holz (2001) und dabei insbesondere zu den wesentlichen Figuren und Semantiken des *nationalen* Antisemitismus: Ebd.: 160-164.

27 Hier wird der NS-Sprachgebrauch teilweise übernommen.

28 Der Begriff Manichäismus stammt aus der Religionsgeschichte und geht auf eine babylonische Erlösungsreligion des 3. Jahrhunderts von Mani zurück, welche eine dualistische Welt konzeptualisiert, in der das gute Prinzip des himmlischen Lichts sich im Kampf mit dem bösen Prinzip der irdischen Finsternis befindet

Verschwörungstheorie, Personifizierung sowie „die ebenfalls strukturell antisemitische Entgegensetzung von Banken, Börse und Parasiten versus 'Volk' und Arbeit“ (Haury 2002: 353) aus.<sup>29</sup> Darüber hinaus verbindet sich das manichäische Weltbild der SED mit einem „ausgeprägte[n] Nationalismus“ (ebd.: 360). Auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD im April 1946 erklärt sich die SED zur „Partei des schaffenden Volkes“ (Dokumente I/ 1951: 10)<sup>30</sup> sowie zur „wahrhaft nationale[n] Partei des deutschen Volkes“ (ebd: 28). Des Weiteren sieht die SED sich als „Vortrupp des deutschen Volkes“ (Dokumente III/ 1952: 187) mit der schweren Aufgabe der „Rettung der deutschen Nation“ (Dokumente II/ 1951: 364) vor der „nationalen Versklavung“ (Ulbricht 1950: 9) durch ausländische Finanzkapitalisten und Imperialisten betraut.

Der Nationalismus der SED drückt sich auch in deren „nationaler Geschichtsschreibung“ aus, durch welche eine „fortschrittlich-demokratisch-nationale Traditionslinie“ (Haury 2002: 372) von den Bauernkriegen über die antinapoleonischen Befreiungskriege, die Kämpfe der Arbeiterbewegung und den antifaschistischen Widerstand bis hin zur DDR gezogen wird.

Die nationalistische Propaganda der SED macht konsequenterweise vor dem Kulturbereich nicht halt. Besonders in der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne der DDR ab 1949 werden die Überschneidungen der Ideologie der SED und dem modernen Antisemitismus deutlich.<sup>31</sup> Mit dem „wurzellosten“ Kosmopolitismus soll die „westliche Dekadenz“ und „niveaulose Massenkultur“ bekämpft werden. Die von der „kapitalistischen Kulturzersetzung“ bedrohte

---

(vgl. Haury 2002: FN 294). Haury verwendet dieses Konzept im Zusammenhang mit den Strukturprinzipien des antisemitischen Weltbildes, um die Verknüpfung dreier ideologischer Komponenten zu bezeichnen: „eine radikale Zweiteilung der Welt in Gut und Böse, die Stilisierung des Feindes zum existentiell bedrohlichen, wesenhaft Bösen sowie ein eschatologischer Grundzug“ (ebd.: 109). Laut Haury ist mit dem Manichäismus die „Konstruktion identitärer Kollektive“ (ebd.) eng verwoben. Dabei werden „die Anderen“, „die Juden“, und die „Eigengruppe“, „die Deutschen“, „als sich konträr gegenüberstehende, subjekthaft handelnde kollektive Entitäten mit bestimmten Wesenseigenschaften“ (ebd.), die als „natürlich“ behauptet werden, gezeichnet.

29 Struktureller Antisemitismus „bezieht sich präzise auf die dem Antisemitismus zu Grunde liegende ideologische Struktur, die abstrakt politökonomisch auch ohne Judenhaß formuliert werden kann, sich aber mit diesem historisch amalgamiert hat“ (Kurz 2005: 352). Es handelt sich dabei, „um ein bestimmtes ideologisches Muster verkürzter Interpretation und Kritik des Kapitalismus, das logisch und historisch nicht nur äußerlich anschlussfähig für expliziten Antisemitismus, sondern so eng mit diesem verbunden ist, daß dieser Zusammenhang nicht mehr als kontingenter dargestellt werden kann“ (ebd.: 353f.). Oftmals wird Kapitalismus dabei bspw. auf die Finanzmärkte und Banken reduziert und in ihnen personalisiert. Dabei werden „gutes, industriell-produktives Kapital“ und „schlechtes, geldgieriges Finanzkapital“ einander gegenübergestellt (vgl. Heinrich 2004: 186-188). Oder es wird „zwischen dem guten Kapitalismus der Kleinen und dem schlechten, gewissenlosen, ausbeuterischen Kapitalismus der Großen unterschieden, wobei Letztere als die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund gelten“ (ebd.: 187f.). Zwar ist nicht jede dergestalt verkürzte Kapitalismuskritik antisemitisch, aber sie bietet Anknüpfungspunkte für antisemitische Stereotype und liegt „allem modernen Antisemitismus zu Grunde und [bildet] dessen *Matrix*“ (Kurz 2005: 354). Siehe auch Kurz (2005: 342-365) und Heinrich (2004: 186-192).

30 Im Folgenden werden zur besseren Lesbarkeit die *Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* mit „Dokumente“ und der jeweiligen Bandangabe abgekürzt.

31 Vgl. auch das Kapitel zur kulturellen Moderne bei Haury, in welchem dieser auf die Personifizierung der modernen Gesellschaft durch „die Juden“ und auf antijüdische Stereotype des modernen Antisemitismus eingeht (2002: 38-40).

„deutsche Kultur“ gilt es zu schützen. Dabei werden Abstraktheit, minderwertige Scheinkultur, Pornographie und Volkstümlichkeit, „nationale Verwurzelung“, Tradition einander entgegengesetzt (vgl. ebd.: 379-386). Auch ähnelt die Semantik der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne auffällig der des Antisemitismus:

„Allein schon ihr zentrales Vokabular – die Rede von Zersetzung, Dekadenz, Vergiftung, Entartung, Entwurzelung, volksfeindlichem Kosmopolitismus und wurzellosen Kosmopoliten – deckt sich mit jenem des Antisemitismus“ (ebd.: 386).

Mit Haury kann zur Ideologie der SED in den Nachkriegsjahren zusammenfassend bemerkt werden:

„Der Marxismus-Leninismus der Säuberungsphase, der Deutsch-Nationalismus, die nationale Geschichtswende und die Antikosmopolitismuskampagne der SED fügen sich zusammen zu einem Weltbild, das strukturell, inhaltlich wie auch in seinen Leistungen zu weiten Teilen mit dem Antisemitismus übereinstimmt, ohne daß der 'Jude' darin überhaupt auftaucht“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund dieser ideologietheoretisch wie historisch perspektivierten Analyse erscheint es verständlich, weshalb Eschweges Listen nicht bearbeitet worden sind und die Re\_Migration seiner politisch hochmotivierten Freund\_innen, die den Aufbau des Sozialismus tatkräftig unterstützen wollten, nicht in die Wege geleitet wurde. Der Rückkehrwunsch dieser Westemigrant\_innen stieß auf den subtilen, nicht offen kommunizierten Widerstand des realsozialistischen Machtapparats, welcher gemäß seiner Weltdeutung befürchtete, potentielle Agent\_innen würden den Aufbau der neuen Gesellschaft „unterwandern“ und „zersetzen“ wollen.

### ***3.2 „Aus Solidarität mit den überlebenden Juden“***

Im Kontext der Ausweitung der Überprüfungen auf alle Parteimitglieder wird Eschwege durch die Sonderkommission der SED-Landesleitung Sachsen am 1. Juni 1951 überprüft. Dabei steht auch zur Diskussion, dass er auf den Fragebögen unter dem Punkt Nationalität „Jude“ eingetragen hat. Eschwege begründet seine Entscheidung folgendermaßen: „weil ich mich nach allem, was ich erlebt hatte, als solcher fühlte“ (Eschwege 1991: 66). Diese Äußerung ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass er sich in Palästina während des Krieges noch als Deutscher und eben nicht als Jude bezeichnet hatte (vgl. ebd.: 45), auch distanzierte er sich bereits in den 1930ern von seinem jüdischen Elternhaus und der jüdischen Religion (vgl. ebd.: 18 u. 26). Nach seiner Ankunft in Dresden 1946 meldete Eschwege sich jedoch sofort bei

der dortigen jüdischen Gemeinde an und nimmt seiner Darlegung nach auch aus politischen Gründen an Gottesdiensten teil:

„zuerst aus Solidarität mit den überlebenden Juden, danach aber auch als Demonstration gegen den 1952/53 wieder aufkommenden Antisemitismus“ (ebd.: 171).

Vor dem Hintergrund des NS und aus Solidarität mit dessen Opfern ändert sich Eschweges Verhältnis zu Judentum und Religiosität:

„Seit der Aufklärung gibt es auch Juden, die ihr 'Judesein' nicht mehr religiös verstehen. Diese Haltung ist durch die Erfahrung von Auschwitz verstärkt worden“ (ebd.: 172).

Seine Entscheidung sich der jüdischen Nationalität als zugehörig zu empfinden, liegt offensichtlich in der jüngeren deutschen Geschichte begründet und nicht in etwaigen zionistischen Einstellungen. Bereits in seinen Erzählungen über seine Zeit in Dänemark und Estland sowie später in Palästina beschreibt Eschwege immer wieder Konflikte mit zionistischen Organisationen und Kibbuzim. Nun wird von ihm aber gefordert, zu unterschreiben, dass er deutscher Nationalität sei. Eschwege verweigert sich dem dreimal, bis er letztendlich doch unterschreibt. Allerdings beschwert er sich anschließend darüber, unter Druck gesetzt worden zu sein und spricht dabei einen möglichen Grund an, der Jüd\_innen in der DDR dazu bewegt haben könnte, nicht in die jüdische Gemeinde einzutreten oder auf andere Art öffentlich ihr Jüdisch-Sein (wie auch immer dieses zu fassen sein soll) zu offenbaren:

„Ich weiß, daß heute eine Anzahl von Genossen unserer Partei sich als völlig assimiliert betrachten, darunter befinden sich viele, die Angst haben, daß ihnen aus dem Bekenntnis zum jüdischen Volk, mit dem sie gestern noch gelitten haben, Nachteile erwachsen könnten. Ich bin stolz auf meine Nationalität und auf mein Volk und empfinde es, solange ich nicht eines besseren belehrt werde, als eine Schande, mich dem Beschluß der Sonderkommission unterworfen zu haben, zumal dafür keine marxistische Begründung gefunden wurde“ (ebd.: 66f).

Die unbedingte und spurlose Assimilation, für die sich einige Jüd\_innen in der DDR entscheiden, erfolgt aus verschiedenen Motiven bspw. aus parteipolitischem Druck, aufgrund der Wende der sowjetischen Israelpolitik<sup>32</sup> oder aus Selbstdisziplin (vgl. Hartewig 2000: 105). Aber auch die

---

32 Die Israelpolitik der SED orientierte sich an der SU. Die pro-israelische Haltung der DDR zu Israel verändert sich etwa ab 1950. Vorher wurde die Staatsgründung Israels und die Teilung Palästinas durchaus wohlwollend betrachtet und vor dem Hintergrund des NS für notwendig erachtet. So hebt der spätere Außenminister der UdSSR Andrei Gromyko in seiner Rede vor der UNO am 3. Januar 1947 die „große historische Bedeutung“ der Teilung Palästinas hervor und erkennt den „gesetzmäßigen Wunsch des jüdischen Volkes auf die Errichtung eines eigenen Staates“ (zit. n.: Eschwege 1991: 63) an. Im Zuge des *Slánský-Prozesses* erscheinen dann aber offen israelfeindliche Artikel in der DDR, in den Israel als Kolonialmacht und Vorposten der USA in der Region gezeichnet wird. Wichtiger Hintergrund der israelfeindlichen Politik der DDR und der Unterstützung der PLO ist auch die *Hallstein-Doktrin* und der Kampf um Anerkennung im arabischen Raum. Die antiisraelische Propaganda in der DDR und deren Antizionismus stehen des Weiteren in engem Zusammenhang mit der ideologischen Selbstlegitimierung als antiimperialistisch und antifaschistisch.

antireligiöse Weltanschauung vieler jüdischer Kommunist\_innen spielt dabei eine große Rolle. Und schließlich wie Eschwege schreibt: „Angst“ (Eschwege 1991: 66). Wobei die Formulierung, dass sie „Nachteile“ befürchten würden, verharmlosend ist und der Angst, die aus der traumatischen Erfahrung der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung heraus entsteht, nicht gerecht wird; die Angst wieder verfolgt zu werden und zum Ziel antisemitischer Aggressionen zu werden. Der Beschluss der Sonderkommission aufgrund Eschweges Nationalitätenangabe wird allerdings im Wissen darum verständlich, dass das Judentum in der DDR als Konfessionsangehörigkeit angesehen wurde und nicht etwa als Nationalität wie in der SU. Als „Jude“ galt, wer Mitglied in einer Synagoge war (vgl. Hollitzer 1994: 223). Damit sollte vermutlich rassistischen Einteilungen und Zuschreibungen wie sie im NS erfolgten, entgegen gewirkt werden.<sup>33</sup> Jedoch wurde dadurch nicht verhindert, dass einzelne Personen, Menschen als Jüd\_innen markieren, die nicht in der jüdischen Gemeinde aktiv waren und die sich selbst als assimiliert betrachteten (vgl. bspw. Leo 2009: 26f.).

### ***3.3 Die Lehren des Slánský-Prozess<sup>34</sup> ziehen ihre Kreise***

Infolge des *Slánský-Prozesses* beschließt das ZK der SED am 20. Dezember 1952 die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörungszentrum Slansky“ (Dokumente IV/ 1952: 199-219). Die bisher miteinander verknüpften Feindbilder des US-Imperialismus und der Finanzkapitalisten werden hier um „den Zionismus“ erweitert und gar als „jüdische Kapitalisten“ konkretisiert:

„Die zionistische Bewegung hat nichts gemein mit Zielen der Humanität und wahrhafter Menschlichkeit. Sie wird beherrscht, gelenkt und befehligt vom USA-Imperialismus, dient ausschließlich seinen Interessen und den Interessen jüdischer Kapitalisten“ (Dokumente IV/ 1954: 202).

---

33 Siehe hierzu auch Genins Auseinandersetzung mit der Genossin Janott der Abteilung für Kirchenfragen des ZK um eine Liste mit jüdischen Unterstützer\_innen für ein jüdisches Museum: „Frau Janott studiert die Liste. 'Die meisten hier sind keine Juden.' 'Wie bitte?', fragte ich verdutzt. 'Wir erkennen nur als Jude an, wer gottgläubig ist.' 'Und was ist mit mir?', rief ich empört. ' Ich war schon immer Atheist und bin lange Kommunist! Bin ich dann etwa keine Jüdin?' 'An diesem Prinzip müssen wir festhalten', antwortete sie, 'sonst rutschen wir in den Antisemitismus ab.'“ (Genin 2009: 209). Dafür hat Genin jedoch kein Verständnis, sie empört sich anschließend: „Wie kommt Genossin Janott dazu, zu entscheiden, wer Jude ist und wer nicht! Das ist doch Antisemitismus!“ (ebd.).

34 Ende November 1952 findet der Schauprozess gegen Rudolf Slánský, früherer tschechischer Innenminister und KP-Generalsekretär, und 13 Mitangeklagte, ebenfalls ranghohe Parteifunktionäre, statt. Slánský sowie zehn der Mitangeklagten sind Juden. Sie werden u. a. wegen Verschwörung, Spionage und Zionismus angeklagt. In dem Prozess werden Zionismus, Imperialismus und Kapitalismus permanent miteinander in Verbindung gebracht, der antisemitische Impetus tritt deutlich zu Tage: „Immer wieder hob der Ankläger die 'kleinbürgerliche' Herkunft der Angeklagten ausdrücklich hervor; in ihren 'Geständnissen' mußten sie erklären, daß sie Agenten einer weltweiten imperialistisch-zionistischen Verschwörung gegen die Sowjetunion seien und sich dem 'werkstätigen tschechoslowakischen Volk' nie verbunden gefühlt hätten“ (Haury 2002: 334).

Ähnelte die marxistisch-leninistische Ideologie der SED bislang vor allem auf struktureller Ebene (Manichäismus, Verschwörungstheorie und Personifizierung) den modernen antisemitischen Denkmustern, wird sie nun um konkrete antisemitische Inhalte angereichert:

„In dem ZK-Beschluß werden 'USA-Imperialismus', 'Zionismus', 'zionistische Organisationen', 'jüdische Kapitalisten' und 'Israel' zu einem einzigen Verschwörungszusammenhang verschmolzen“ (Haury 2002: 393).

Wurde der Begriff „Zionismus“ bislang in der kommunistischen Partei als jüdischer Nationalismus und Spaltinstrument der Arbeiterklasse betrachtet und kritisiert, erlangt er während der spätstalinistischen Säuberungen eine andere Bedeutung und neue Funktion:

„'Zionismus' fungierte jetzt vielmehr als zentrale Metapher innerhalb des marxistisch-leninistischen Weltbildes und war verknüpft mit der Behauptung einer weltweiten Verschwörung anationaler Wallstreet-Kapitalisten, der Entgegensetzung 'schaffende Völker' versus 'Finanzhyänen und Parasiten' und einer Bedrohung durch die Zersetzungsarbeit getarnter innerer Feinde. Auf diese Weise sollte ein homogenes Kollektiv ideologisch konstruiert und unter der Führung formiert, diese als Verkörperung des Kollektivs behauptet und so deren Herrschaft als objektiv vorgegeben legitimiert werden.“ (ebd.: 429).

Zionismus und „jüdische Kapitalisten“ werden miteinander gleich- und dem „schaffenden Volk“ entgegen gesetzt. Damit wird ein zentrales antisemitisches Stereotyp wieder aufgegriffen. Mit Hilfe der klaren Feindbilder des „jüdischen Kapitalisten“ und der „internationalen-imperialistisch-zionistischen“ Organisationen und ihrer Agent\_innen kann die harmonische und natürliche Einheit von „Volk“, Regierung und Partei imaginiert werden. Gleichzeitig wird so der Bedarf an Sündenböcken für die politischen und ökonomischen Krise der DDR in der Aufbauphase gedeckt:

„Je mehr die inneren Probleme der DDR wuchsen, um so schriller wurde die Propaganda gegen 'US-Imperialismus', 'Bonner Marionettenstaat', 'nationale und soziale Versklavung' und gegen die inneren 'Feinde des Volkes'“ (Haury 2002: 391).

In Zuge des *Slánský-Prozesses* und der Veröffentlichung der „Lehren“ finden in der DDR Hausdurchsuchungen bei den jüdischen Gemeinden, deren Vorsitzenden, jüdischen Gemeinde- und Parteimitgliedern statt, welchen teils Verhaftungen und Verhöre folgen. Dabei geraten insbesondere Empfänger\_innen von *Joint*<sup>35</sup>-Hilfeleistungen in den Strudel der Verfolgungen und Repressionen. Die jüdischen Hilfsorganisationen wie *Joint*, welche in der Nachkriegszeit

---

35 Das *American Joint Distribution Committee* (kurz: *Joint*) ist eine jüdische Hilfsorganisation. In den 1920ern/1930ern unterstützte sie Jüd\_innen in der SU bei Ansiedlungsprojekten. In den „Lehren“ wird sie als „amerikanische Agentenzentrale“ (Dokumente IV/ 1952: 208) und „imperialistische Agentur“ (ebd.) verunglimpft.

Jüd\_innen mit Care-paketen versorgten, stehen nun unter dem Verdacht, als Agenten des Imperialismus, den Sozialismus unterwandern und schädigen zu wollen. Jüd\_innen, die Pakete erhalten hatten oder ansonsten irgendwann in Kontakt mit *Joint* gekommen waren, werden genau überprüft, da in ihnen potentielle feindliche Agent\_innen vermutet werden. Die desaströse Versorgung der direkten Nachkriegszeit, unter welcher insbesondere die Überlebenden der Konzentrationslager litten, werden dabei ausgeblendet. Die Verhaftungen von Jüd\_innen erfolgen offenbar mit dem Ziel der Vorbereitung eines Schauprozesses in der DDR um die Person Paul Merker<sup>36</sup>.

Eschwege beschreibt im Folgenden die antijüdische Einstellung eines Genossen und Funktionärs sowie die Repressionen gegenüber jüdischen Genoss\_innen von staatlicher Seite:

„Offen teilte Joos [ZK für Emigranten; A.B.] den jüdischen Genossen, die zu ihm ins Berliner Büro kommen mußten, mit, er sei der festen Überzeugung, daß alle Juden, die zurückgekommen seien, den Auftrag hätten, gegen die DDR und die SED eine Revolution durchzuführen.“ (Eschwege 1991: 69).

Auch hier scheint wieder das Bedrohungsszenario der Zersetzung von Innen auf, nun in Gestalt jüdischer Konterrevolutionäre. Einige Jüd\_innen müssen zu dieser Zeit ihren Arbeitsplatz verlassen, dürfen sich nur in bestimmten Städten aufhalten oder müssen in Kleinbetrieben arbeiten. Anderen wird gar der weitere Aufenthalt in der DDR verwehrt:

„Einzelne aus dem Ausland zurückgekommene jüdische Genossen ließ er [Joos; A.B.] mitunter wie Schwerverbrecher unter Polizeibewachung an die Grenze transportieren und hinüberjagen“ (ebd.).

Von den Verfolgungen und Befragungen betroffen sind in erster Linie die Westemigrant\_innen. Wobei jüdische Westemigrant\_innen doppelt verdächtig sind:

„Stalin [hatte] die Version verbreiten lassen, daß die aus dem Westen zurückgekehrten Emigranten den langfristigen Auftrag hätten, die sozialistischen Staaten zu destabilisieren. Besonders verdächtig erschienen die aus den nichtsozialistischen Ländern gekommenen Emigranten jüdischer Herkunft und

---

36 Paul Merker leitet während des Zweiten Weltkrieges die KPD-Parteigruppe und als Sekretär das „Lateinamerikanische Komitee der freien Deutschen“ im mexikanischen Exil. Er setzt sich für die „Wiedergutmachung“ bzw. Rückgabe von jüdischem Vermögen und Eigentum ein. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil arbeitet er als Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Verdächtig macht sich Merker durch seinen Aufruf, den jüdischen Gemeinden beizutreten. Als „Agent des US-Imperialismus“ und „Zionist“ wird er 1952 verhaftet und im Januar 1955 in einem Geheimprozess zu acht Jahren Haft verurteilt. Ein Jahr später wird er entlassen. Zwar wird er wieder in die SED aufgenommen, jedoch nie öffentlich rehabilitiert. Ihm wurde interessanterweise zugeschrieben, Jude zu sein. Für die Verfasser\_innen der „Lehren“ sowie Merkers staatliche Ankläger\_innen scheint es unvorstellbar, dass er sich als Nichtjude für „Wiedergutmachung“ und Entschädigung derart energisch einsetzte ohne dafür von jüdischen Organisationen bezahlt zu werden oder Agent des Imperialismus zu sein, wobei letztere nicht voneinander zu trennen sind. Seine Forderungen in der Wiedergutmachungsdebatte werden in den „Lehren“ als „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ (Dokumente IV/ 1952: 206) interpretiert. Merker wird beschuldigt, „Subjekt der USA-Finanzoligarchie“ zu sein, „der die Entschädigung jüdischen Vermögens nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus“ (Dokumente IV/b 1952: 206). Dabei werden wieder USA, Finanzkapital, jüdisches Vermögen und Zionismus in eins gesetzt.

ganz besonders wieder die, welche in Palästina gelebt hatten oder auch anderswo mit jüdischen Organisationen in irgendeiner Verbindung standen“ (ebd.: 75).

Dies erklärt sich mit dem manichäischen Weltbild der SED und der Konstruktion eines zionistisch-imperialistisch-kapitalistischen Verschwörungskonglomerats, wobei Jüd\_innen immer auch des Zionismus zu verdächtigen sind. Jüd\_innen und jüdische Organisationen wie *Joint* werden verknüpft und teilweise in eins gesetzt mit US-Imperialismus, Zionismus, ausländischen Geldgebern und nationaler Illoyalität. Besonders ins Fadenkreuz der Überprüfungen und Verhaftungen geraten diejenigen, die sich in der Debatte um „Wiedergutmachung“ und die Rückgabe von jüdischem Eigentum als Befürworter hervorgetan hatten, wie bspw. Paul Merker.<sup>37</sup>

Die jüdischen Verfolgungen erreichen ihren Höhepunkt mit der angeblichen Moskauer Ärzteverschwörung<sup>38</sup> im Januar 1953: „Die russischen Juden lebten in Panik“ (ebd.: 72). Diese Entwicklungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Jüd\_innen in der DDR:

„Die Angst unter den Juden nahm gefährliche Formen an. Nicht nur Gemeindevorsitzende, sondern auch jüdische Funktionäre der Partei und parteilose Juden flüchteten in großer Zahl ins Ausland“ (ebd.).

Mit dem Tod Stalins am 5. März 1953 werden die Verfolgungen und Untersuchungen in der SU allerdings größtenteils wieder eingestellt und die inhaftierten Ärzte entlassen. Zwar wird von einem Schauprozess gegen Merker in der DDR abgesehen, aber er bleibt weiter in Haft. Auch nach Stalins Tod werden die Säuberungen in der DDR fortgesetzt. Jüdische Parteimitglieder werden aufgefordert, aus den Gemeinden, welche „in den Medien als Agenturen des Zionismus und Imperialismus diskreditiert wurden“ (ebd.: 154) auszutreten. Dem kommen viele nach, u. a. auch Eschwege, der sich so erhofft, einem Parteiausschluss zu entgehen.<sup>39</sup> Darüber hinaus werden die Kaderakten von Jüd\_innen aufgrund ihrer „jüdischen Abstammung“ überprüft. Untersuchungen und Funktionsenthebungen werden von dem Politbüro angewiesen (vgl. Haury 2002: 404f.). Mit Beginn des *Slánský-Prozesses*, erinnert Eschwege sich, hört er auf, sich mit seiner Familie in Israel zu schreiben. Diese befürchte, ihn durch die Briefkontakte in Schwierigkeiten zu bringen. Aber auch seine Beziehungen zu Freund\_innen aus Israel, die in der DDR leben, hätten unter der Hysterie der Kontrollen und Untersuchungen gelitten:

---

37 Siehe zur Wiedergutmachungsdebatte in der SED: Haury (2002: 294-330 u. 410-417) und Hartewig (2000: 274-314).

38 Am 13. Januar 1953 wird in der *Prawda* über die Aufdeckung der Verschwörung einer Gruppe mehrheitlich jüdischer Ärzte im Kreml berichtet. Ihnen wird vorgeworfen, im Auftrag von *Joint* hochrangige Parteifunktionäre ermordet zu haben und weitere Morde zu planen. Dadurch wird eine antisemitische Kampagne ausgelöst und eine erneute Säuberungswelle in der KPdSU erfolgt. Siehe Haury (2002: 338).

39 Eschwege tritt 1956 wieder in die Gemeinde ein, nachdem seine Wiederaufnahme in die SED gescheitert ist (vgl. Eschwege 1991: 154).



„Jahrelang lebten auch wir Juden in der DDR in Angst und Schrecken. Vor allem die wenigen Freunde aus Israel wagten nicht, sich zu treffen, zu korrespondieren, damit man uns keine organisierte Tätigkeit nachsagen konnte“ (Eschwege 1991: 138).

In Folge der „Lehren“ sieht Eschwege sich auch bei seiner Forschungsarbeit zur jüdischen Geschichte mit zunehmenden Schwierigkeiten konfrontiert:

„Die Erforschung der jüdischen Gemeinde, so fürchtete man, könnte dem Zionismus und dem noch verderblicheren Kosmopolitismus Tür und Tor öffnen“ (Eschwege 1991: 143).

Seine wissenschaftliche Arbeit wird, ihm nach, dadurch behindert, dass ihm Zeitungen und Literatur, die ihm aus Israel zugesandt worden sind, entzogen werden. Hier wird deutlich, dass Israel auch als „Verwirklichung der zionistischen Utopie“ (Hartewig 2000: 563) galt und in direkten Zusammenhang mit Zionismus und Imperialismus gebracht wird. Die Literatur zur jüdischen Geschichte, die sich in Bibliotheken der DDR befindet, steht unter Verschluss und ist nur mit einer Bescheinigung des Kultur- bzw. Hochschulministeriums zugänglich, diese wird Eschwege jedoch verweigert. Seiner Ansicht nach, weil: „Die verantwortlichen Genossen [...] die Literatur für zionistisch, imperialistisch und damit für feindliche Ideologie [hielten]“ (ebd.: 144). Auch der Zugang zu Archiven gestaltet sich in Eschweges Erzählung schwierig, da die Regelungen zur Ausleihe im Ermessensspielraum der einzelnen Institutionen liegen:

„So wurden Akten nach 1933, die Juden betrafen, fast immer zurückgehalten. Generelles Verbot der Ausleihe betraf vor allem Akten, die irgendwelche Vermögensangaben von Juden enthielten“ (ebd.: 145).

Eschwege kann allerdings von der Unterstützung durch Kolleg\_innen im Bibliothekswesen profitieren, die ihm helfen, Bücher doch ausleihen zu können (vgl. ebd.).

Insbesondere für seine Arbeit zur Verfolgung und Vernichtung der Jüd\_innen im NS *Kennzeichen J* (1966) erhielt Eschwege viel Anerkennung. Andere Arbeiten von ihm blieben jedoch unveröffentlicht oder wurden nur in Westdeutschland publiziert.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Siehe hierzu Eschweges Darstellung zu den einzelnen Publikationen bzw. deren Scheitern einer Veröffentlichung: Eschwege (1991: 180-277).

### 3.3.1 Auf einmal „Parteifeind“

Eschwege wird im März 1953 als Abteilungsleiter des Museums für deutsche Geschichte abberufen. Als Gründe hierfür werden angegeben, dass er Vorsitzender der jüdischen Gemeinde sei, jüdische Zeitungen lese und diese anderen weitergäbe, jüdische Flüchtlinge in Westberlin besuche und dass er in Palästina in der Emigration gewesen sei (vgl. Eschwege 1991: 73). Eschwege kündigt daraufhin. Sämtliche Argumente, die für seinen Rücktritt angeführt werden, sind damit verknüpft, dass Eschwege Jude ist und als solcher auch öffentlich in Erscheinung tritt. Dies genügt offenbar, um ihn für eine gehobene Stellung im Kulturbetrieb als nicht tragbar zu erachten. Des Weiteren wird auch ein Parteiverfahren gegen Eschwege eingeleitet. Die eingesetzte Kommission, welche sich mit ihm im Vorfeld über seinen Lebenslauf und die im Kontext der Abberufung erhobenen Vorwürfe unterhalten soll, lehnt einen Ausschluss aus der SED ab. Dennoch soll das Parteiverfahren gegen ihn am 17. März 1953 stattfinden. Das Verfahren endet schließlich einen Monat später<sup>41</sup> mit dem Ausschluss Eschweges aus folgenden Gründen: „Wegen ideologischer Unklarheit, die darin bestand, daß er sich zur jüdischen Nationalität bekannte“; „Der Besuch von Flüchtlingen in Westberlin, der einen Bruch der Parteidisziplin bedeutete“; „Seine Tätigkeit in der jüdischen Gemeinde in Dresden“ und „Seine Äußerung, [...] wonach 'jetzt alle Juden herausfliegen'“ (ebd.: 76). In diesem Verfahren wird Eschwege als noch nicht entlarvter Agent dargestellt. Als direkte Folgen seines Ausschlusses gibt er an, dass sein Gehalt um 50 % gekürzt wird und seine Ehe u. a. aufgrund des durch den Prozess gesäten Misstrauens scheitert: „meine Frau Annelore [begann] wohl zu glauben [...], an den antijüdischen Prozessen müsse etwas Wahres sein“ (ebd.: 78). Doch Eschwege kämpft um die Wiederaufnahme in die Partei. Auf die Anfrage an den für ideologische Fragen zuständigen Genossen Fred Oelssner, ob das Bekenntnis zur jüdischen Nationalität in der DDR parteischädigend sei, erhält er folgende Antwort:

„Im übrigen verweisen wir Dich auf das Referat des leider verstorbenen Vorsitzenden der KPČ, Genossen Klement Gottwald... im Dezember 1952 zum Slánský-Prozeß. (...) Gottwald hat klar und eindeutig betont, daß die Entlarvung und Zerschlagung der imperialistischen Agentur des Zionismus in der ČSR nichts mit Antisemitismus oder Rassenhetze gegen Bürger jüdischer Nationalität zu tun hat...“ (ebd.: 79).

Wie ist es aber dann zu erklären, dass ein jüdischer Kommunist wie Eschwege, der sich nicht als Zionist versteht und Zionismus klar ablehnt, aufgrund seiner Tätigkeit für die jüdische Gemeinde und der damit öffentlichen Erklärung Jude zu sein, aus der Partei ausgeschlossen wird? Offenbar wird hier Jüdisch-Sein gleichgesetzt mit Zionismus, Imperialismus, Kapitalismus und damit

---

41 Das Verfahren musste um einen Monat verschoben werden, da Eschwege einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte.

letztendlich auch mit Faschismus. Nach seinen Protesten wird der Ausschluss schließlich rückgängig gemacht und er erhält stattdessen eine Parteistrafe in Form einer Rüge für die „Verletzung der Parteidisziplin“ und die „Vernachlässigung der Wachsamkeit“ (ebd.). Auch soll er sich „nicht parteimäßig“ geäußert haben und „Genossen antisemitischer Handlungen bezichtigt haben“ (ebd.).

Eschwege bleibt weiter unter Beobachtung. So erfährt er, dass die Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) Berichte über sein Verhalten von seinem neuen Arbeitgeber der TU Dresden, wo er nach seiner Kündigung im Museum für deutsche Geschichte als Bibliothekar arbeitet, anfordert. Der XX. Parteitag der KPdSU<sup>42</sup> scheint keine Auswirkungen auf die SED zu haben. Am 2. Februar 1956 wird ein erneutes Parteiverfahren gegen Eschwege eröffnet, da er verdächtigt wird, ein „Parteifeind“ zu sein. Seine Arbeit beim englischen Militär in Palästina wird dabei als bezahlte Agententätigkeit gedeutet. Erneut steht zur Debatte, dass er in seinem Personalausweis als Nationalität „jüdisch“ angegeben hatte. Auch sein Wunsch, seine Mutter in Israel zu besuchen, wird als problematisch erachtet. Insgesamt wird ihm mangelnde Parteiverbundenheit attestiert. Das Verfahren wird beendet mit dem „Ausstoßen eines nun endlich entlarvten Parteifeindes“ (ebd.: 82). Eschwege muss nun nicht nur mit der Verhaftung als Agent durch die Staatssicherheit (Stasi) rechnen, auch seine Entlassung vom Institut wird vom Leiter der Kreispartei-Kontrollkommission (KPKK), Rusch, verlangt. Der Institutsdirektor Prof. Dr. Ley lehnt diese Anordnung jedoch ab und verlangt ernsthafte Gründe für dieses Ansinnen. Von der Kaderleiterin der Hochschule, Lotte Glaser, erhält Eschwege allerdings alle zwei Wochen die Aufforderung, zu gehen. Auf seine Nachfrage hin, versichert sie ihm jedoch, dass er diese Schreiben nicht ernst zu nehmen brauche. Eschwege fühlt sich durch den XX. Parteitag der KPdSU ermutigt und betreibt seine Wiederaufnahme in die SED. Hierzu wird er wöchentlich über Israel und seine Verwandte dort befragt. Dabei sind auch vermeintlich private Einstellungen und Lebensweisen bzw. das explizite Ausüben religiöser Bräuche Gegenstand der Diskussion:

„[M]ir [wurde] auch vorgeworfen, daß ich der Beschneidung meines Sohnes zugestimmt hätte, was natürlich als nicht parteimäßiges Verhalten eingestuft wurde“ (ebd.: 84).

Jüdische Religiosität und Kommunist-Sein scheinen sich demnach für die SED auszuschließen und zwar nicht allein aus der Tradition marxistischer Religionskritik heraus.

Mit einer geplanten Reise nach Israel macht Eschwege sich des Zionismus verdächtig. Nach einigem Hin und Her, erteilten Genehmigungen und Verweigerungen von Zustimmungen,

---

42 Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 hält Nikita Chruschtschow seine berühmte Geheimrede, in der er die stalinistischen Verbrechen insbesondere der 1930er Jahre thematisiert und die Verfolgungen, Verhaftungen und Ermordungen unter Stalin verurteilt. Daraufhin werden viele Inhaftierte stillschweigend entlassen. Siehe Haury (2002: 426).

kurzfristiger Wiederaufnahme in die Partei, „Beschimpfungen und auch Drohungen“ (ebd.) und der zwischenzeitlichen Überlegung, nach Westdeutschland umzusiedeln, kann Eschwege schließlich 1957 nach Israel fahren. Weitere Aussprachen mit der BPKK folgen, u. a. wegen der Ausreise nach Israel. Dabei wird ihm auch die Frage gestellt, „ob es in der DDR oder in der Sowjetunion jemals Antisemitismus gegeben habe“ (ebd.: 86). „Weil ich das uneingeschränkt bejaht hatte, beschuldigte man mich des Antisowjetismus“ (ebd.). Diese Aussage führt u. a. zu einem erneuten Parteiverfahren gegen Eschwege und seinem Ausschluss im Januar 1958. Weitere Ausschlussgründe sind seine Israelreise und das Zitieren von „Westzeitungen“ (vgl. ebd.: 87). Einen letzten Versuch unternimmt Eschwege erst wieder 1965. Aber seine öffentliche und lautstarke Kritik an einem israelfeindlichen Aufsatz verhindert eine erneute Parteiaufnahme (vgl. ebd.: 65-89).

Bei seinem Wunsch, öfter nach Israel zu reisen, stößt Eschwege, seinen Schilderungen zufolge, immer wieder auf Schwierigkeiten. Die antizionistische Haltung der DDR gegenüber Israel entwickelte sich etwa seit 1950. Bis zu ihrem Ende nahm sie nie diplomatische Beziehungen zu Israel auf. Israel zählte in der Logik des Kalten Krieges zum imperialistischen Lager und galt in der DDR-Propaganda als „Aggressor“, „Brückenkopf“ und „Speerspitze“ im Nahen Osten (vgl. Haury 2007: 291). Zionismus, Israel und Imperialismus werden dabei als ein Verschwörungszusammenhang gedacht, oftmals ergänzt durch die „israelische Finanzoligarchie“, das „zionistische Finanzkapital“ und die „jüdischen Großkapitalisten im Ausland“ (vgl. ebd.: 294). Als Eschwege sich darüber beschwert, dass er 1965 zwar die Erlaubnis erhält, nach Israel zu reisen, aber nicht das notwendige Durchreisevisum, antwortet ihm das Ministerium des Inneren, dass „keine diplomatischen Beziehungen zu Israel bestehen, auch Israel fortgesetzt Aggressionsakte begeht“ (ebd.: 98). Eine andere Argumentationslinie vertritt seine Betriebsleitung, die 1970 ihre Zustimmung zu der vom ZK bereits genehmigten Reise mit der Begründung „es sei nicht gewährleistet, daß ich die Einstellung der DDR wie auch der mit ihr verbündeten Palästinenser gegenüber Israel vertrete“ (ebd.) verweigert. Erst als Eschwege sich 1974 mit folgenden Worten an Erich Honecker wendet, darf er fahren:

„So wird mir mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der täglich ungezählte ehemalige Parteigänger der Nazipartei ihre Geschwister im westlichen Ausland besuchen dürfen, dies Recht als Jude verweigert!“ (ebd.: 101).

### 3.3.2 Vom „Kämpfer“ zum „Opfer“

Eine weitere direkte Folge der „Lehren“ ist für Eschwege die Aberkennung seines Status' als politisch Verfolgter, als „Kämpfer gegen den Faschismus“ (KgF). Stattdessen wird er als „rassisch“ Verfolgter und damit als „Opfer des Faschismus“ (OdF) eingestuft. Diese Änderung ist laut Eschwege mit „Nachteilen“ verbunden, welcher Art diese sind, erläutert er aber nicht (vgl. Eschwege 1991: 62).

Die Unterscheidung zwischen KgF und OdF hat auch schon vor dem *Slánský-Prozess* bestanden. Bereits 1945 schließen sich ehemalige politische Häftlinge zu Verbänden der OdF zusammen und übernehmen als Beauftragte der Fürsorgeämter die Anerkennung von Fürsorgeberechtigten und die Verteilung von Leistungen. Die Anerkennungspraxis ist zunächst äußerst strikt. Viele OdF-Verbände, in denen mehrheitlich Kommunist\_innen aktiv sind, wollen nur diejenigen als fürsorgeberechtigt anerkennen, die gegen den Faschismus gekämpft haben. Somit steht bspw. auf der ersten Vollsitzung des Berliner OdF-Hauptausschusses am 23. Juni 1945 zunächst sogar zur Diskussion, ob Jüd\_innen als „Opfer des faschistischen Rassenwahns“ überhaupt als OdF gelten können: „so weit können wir den Begriff 'Opfer des Faschismus' nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft“ (zit. n. Haury 2002: 306). Nach harschen Protesten (u. a. durch die Auschwitz-Überlebenden Julius Meyer und Heinz Galinski sowie die Westalliierten) wird die Anerkennungspraxis im September/ Oktober 1945 geändert, von da an werden auch verfolgte Jüd\_innen als OdF betrachtet. Allerdings werden sie damit „unter eine allgemeine Kategorie subsumiert, womit die rassenantisemitische Basis ihrer Verfolgung ausgeblendet wurde“ (Bergmann et al 1995: 14). Überdies wird durch die Unterteilung in „Kämpfer“ und „(passive) Opfer“ eine unterschiedliche moralische Wertschätzung und Hierarchisierung der beiden Gruppen ausgedrückt. So erhalten die beiden Gruppen auch verschiedene Ausweise. Diejenigen, deren OdF-Ausweise mit dem Aufdruck „Kämpfer“ versehen sind, werden auch materiell besser gestellt. Die Nachfolgeorganisation der OdF-Verbände, die 1947 gegründete *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN), welche überparteilich, aber mehrheitlich kommunistisch war, setzt sich allerdings ausdrücklich für eine Gleichstellung von „Kämpfern“ und „Opfern“ ein. Diese wird dann im April 1948 auch in dem Gesetzesentwurf über die Betreuung der *Verfolgten des Naziregimes* (VdN) realisiert.<sup>43</sup> Anerkennung verdient, dass beide Organisationen die Jüd\_innenverfolgung thematisieren und sich gegen Antisemitismus engagieren, u. a. mit Kundgebungen und Veranstaltungen nach den

---

<sup>43</sup> Dieser Entwurf wird allerdings erst im Oktober 1949 als Verordnung herausgegeben, da es über die Frage der „Wiedergutmachung“ lange Diskussionen und Auseinandersetzungen gab. Die in dem Entwurf noch vorhandenen Paragraphen zur „Wiedergutmachung“ und Entschädigung wurden gestrichen und die Verordnung damit zu einem reinen Fürsorgegesetz.

antisemitischen Ausschreitungen 1946/ 1947 (vgl. Haury 2002: 305-313).

Eschwege wird im März 1949 als Kämpfer gegen den Faschismus eingestuft, weil er während des NS organisierten Widerstand geleistet hatte. Mit diesem Status sind auf verschiedenen Ebenen Vorteile verbunden: bei Wohnraum, zusätzliche Kohlen, Lebensmittel und Möbel, gesundheitliche Betreuung, Hilfe bei der „Einordnung“ am Arbeitsplatz. Später werden diese noch um den Kündigungsschutz erweitert. Auch ist ein Teil seines Lohnes steuerfrei (vgl. Eschwege 1991: 61). Laut Groehler werden Jüd\_innen zunehmend ab 1950 die OdF-Anerkennungen entzogen (vgl. Groehler 1993: 51). Dagegen wird Eschweges VdN-Status nach dem Slánský-Prozess „lediglich“ geändert, indem ihm die Anerkennung als „Kämpfer“ entzogen wird. Am 3. Februar 1953 wird die Auflösung der VVN vom Politbüro beschlossen und durch das *Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer* ersetzt, dessen Mitglieder vom ZK ernannt werden. Während die VVN eine Organisation mit mehrheitlich jüdischen Mitgliedern war, sind im neuen Komitee nur noch zwei Jüd\_innen vertreten (vgl. Haury 2002: 402 u. FN 450). Diese Ereignisse stehen im Zusammenhang mit der sich sukzessiv antisemitisch zeigenden Säuberungs- und Agent\_innenhysterie.

## 4. Salomea Genin

### ***4.1 Von der Angst „als Jüdin erkennbar“ zu sein und dem Wunsch „deutsch zu werden“***

Salomea Genin wird am 31. August 1932 im Jüdischen Krankenhaus in Berlin-Wedding geboren. Ihre Mutter beherzigt den „Rat“ der Krankenschwester und nennt sie „Loni“, um ihrer Tochter mit einem „so jüdischen Namen doch nicht das Leben schwer [zu] machen“ (Genin 2009: 19). In den Geburtsschein lässt sie dennoch „Salomea“ eintragen. Als Genin drei Jahre alt ist, trennen ihre Eltern sich und sie lebt von da an mit ihrer Mutter und ihren Schwestern Renia und Franziska zusammen. Ihr Vater wird im Mai 1938 festgenommen und in das KZ Buchenwald verschleppt. Genins Mutter rettet ihm damit das Leben, dass sie ihm Geld und ein Schiffsticket nach Shanghai besorgt, wohin er im Oktober 1938 ausreisen kann. Genin sieht ihn danach nie wieder, sie wandert mit ihrer Mutter und ihren Schwestern nach Australien aus. Dort knüpft sie Kontakte zu den *German Boys*. Die meisten von ihnen sind Juden und wurden nach ihrer Flucht aus Deutschland aufgrund des Krieges als *enemy aliens* von Britannien nach Australien deportiert. Einige von ihnen kehren nach dem Krieg nach Deutschland zurück.

Als Kind weigert Genin sich, Hebräisch zu lernen, eine Kette mit einem goldenen Davidstern wirft sie weg. Stattdessen beschließt sie, am Religionsunterricht einer christlichen Methodistenkirche teilzunehmen, womit sie aber nach wenigen Wochen wieder aufhört. Begeistert engagiert sie sich dagegen schon früh in der kommunistischen Bewegung. Bereits mit zwölf Jahren ist sie Mitglied des kommunistischen Jugendverbands in Australien, der Eureka Youth League (EYL), mit 17 Jahren tritt sie der KP bei. Dort entwickelt sie ihre Ideale für eine bessere Gesellschaft:

„In der EYL blühte ich auf. [...] Für die Sache des Sozialismus konnte ich sogar hart arbeiten. Sie gab meinem Leben Bedeutung und Sinn; sie füllte mich aus, schwemmte alle Leere fort nahm jede Einsamkeit [...] Nach Wahrheit suchen, sich selbst treu bleiben, egal, wie die Umwelt reagiert, nie käuflich werden, die Schwachen schützen – so wollte ich leben“ (ebd.: 43f.).

In diesem Rahmen besucht sie Kurse zur Politischen Ökonomie und nimmt an Schulungen teil. Hinsichtlich der „jüdischen Frage“ ist sie ganz auf Parteilinie, die diese allein klassentheoretisch-reduziert zu interpretieren weiß:

„Wir [...] lernten, dass Juden keine Nation, höchstens eine Nationalität seien. Daher sollten wir nicht einen jüdischen Staat anstreben, sondern uns dort, wo wir lebten, für den Sozialismus einsetzen. Hätten wir ihn erst mal erkämpft, verschwänden die Nationen und damit die nationale Diskriminierung und auch der Antisemitismus. Zionismus lehnten wir ab“ (ebd.: 51).

In die DDR möchte Genin u. a. deshalb gehen, um sich auf die Suche nach ihren „nationalen Wurzeln“ zu machen. Als könnte sie nur im „Land ihrer Geburt“ glücklich werden: „Ich fühlte mich nicht australisch, jüdisch wollte ich nicht sein; konnte ich deutsch werden?“ (ebd.: 62). Genin relativiert ihre Illusion von Nation allerdings später selbst und erahnt deren Konstruktionscharakter, wenn sie feststellt:

[I]ch [gewann] eine neue Einsicht: „Die Deutschen“ gibt es nicht, genauso wenig, wie „die Juden“ oder „die Australier“. Immer hatte ich versucht, mich einer nichtexistierenden nebulösen Masse anzupassen. Welch ein Irrsinn!“ (ebd.: 171).

Jüdisch-Sein lehnt Genin zu dieser Zeit ab. Bei der Beantragung ihres Passes möchte sie nicht, dass als Name „Salomea“ eingetragen wird: „Nein, diesen Namen wollte ich nicht in meinem Pass haben. Er würde mich sofort als Jüdin erkennbar machen!“ (ebd.). Es wird dabei nicht ganz klar, ob ihre Ablehnung mit ihrer kommunistischen Weltsicht zusammenhängt oder sich aus Kindheitserinnerungen an die jüdischen Verfolgungen in Berlin speist. Aber auch australisch möchte sie nicht mehr sein: „In meiner Sehnsucht danach, deutsch zu werden, wollte ich nicht nur das Jüdische, sondern auch das Australische ablegen“ (ebd.: 73). Genin hält es für

erstrebenswert „deutsch zu werden“, wie auch immer das zu fassen sein soll, eine genaue Vorstellung davon scheint sie selbst nicht zu haben. Angetrieben wird sie dabei von dem Gefühl, sich nicht „heimisch“, sondern fremd in Australien zu fühlen. Ein Gefühl der Zugehörigkeit sollte sich bei ihr aber auch in der DDR nicht einstellen.<sup>44</sup>

## **4.2 Verhinderte Rückkehr**

Als Genin 1951 zu den Weltfestspielen der Jugend nach Ostberlin reist, plant sie, für einige Monate zu bleiben. Ihr Versuch den Antrag für einen längeren Aufenthalt zu stellen, scheitert ihrer Darstellung nach jedoch daran, dass der zuständige Beamte angeblich nie da ist:

„Das hielt ich für mein persönliches Pech. Ich kam nicht auf die Idee, dass die Beamten, die schließlich meine Genossen waren, meine Überzeugung nicht teilten, dass ich ein Recht hatte, mich niederzulassen, wo ich wollte“ (Genin 2009: 65f.).

Ein Grund dafür könnte in dem damaligen Misstrauen gegenüber Westemigrant\_innen liegen (s.o.). Auch Genin wird der Gruppe der verdächtigen Westemigrant\_innen zugerechnet, weil sie als Kind vor dem NS nach Australien geflohen ist. Dies ist vermutlich auch später der Anstoß, zu mutmaßen, sie sei eine „internationale Spionin“ (vgl. ebd.: 80 u. 88).

Einen zweiten Versuch unternimmt Genin 1954 als sie über Hamburg in die DDR einreist. Bei dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) stellt sie einen schriftlichen Antrag auf Umsiedlung und wird von der Stasi überprüft. Bis zur Klärung und Überprüfung der Formalia wird ihr empfohlen, nach Westberlin zu gehen, sich aber wöchentlich im MfAA zu melden. Später erfährt Genin allerdings durch einen Mitarbeiter der Internationalen Abteilung des ZK, dass eine entsprechende Anfrage an die KP Australiens nie abgeschickt worden sei (vgl. ebd.: FN 31). In ihrer Stasi-Akte findet sich ein Bericht, erstellt von einem Stasi-Mitarbeiter mit dem Decknamen Gert Thier, der darin seine damaligen Eindrücke über sie festhält: „(angeblich) Jüdin“ (ebd.: 74) und weiter:

„L. ist nicht besonders hübsch, wirkt irgendwie interessant, ist ansprechende Erscheinung. Versteht unter Ausnutzung ihrer fraulichen Reize im gegebenen Moment zum Ziele zu kommen, spielt auch damit. Evtl. damit schon durchs Leben geschlagen. Hat sehr starkes Vertrauen zur DDR, vom politischen Bewusstsein nicht zu sprechen“ (ebd.: 75).

Das sie als „angebliche“ Jüdin diesem Mann als „nicht besonders hübsch“ erscheint, muss für ihn so bemerkenswert sein, dass er es für nötig erachtet, diese äußerst subjektive und abschätzig Information in seinen Bericht aufzunehmen. Auffällig ist hier nicht nur die sexistische

<sup>44</sup> Siehe zur Kindheit, Jugend und ihrem Leben als junge Erwachsene in Australien bis 1954: Genin (2009: 11-69).



Bewertung von Genin, sondern dass diese an ihr „angebliches“ Jüdisch-Sein gekoppelt wird. Dadurch stellt Thier eine Verknüpfung zu dem antisemitischen Stereotyp der „schönen, fatalen Jüdin“<sup>45</sup> her, welches er in Genin nicht vollständig wiederzufinden scheint. Vielleicht schränkt er deshalb die Information, dass sie Jüdin ist, durch das Attribut „angeblich“ ein. Andererseits nimmt er sie als „irgendwie interessant“ und „eine ansprechende Erscheinung“ wahr, die über „frauliche Reize“ verfüge, welche sie auch bewusst-manipulativ einzusetzen vermag. Das letzte Bild ruft wiederum die antisemitische Vorstellung der bedrohlichen, berechnenden Jüdin auf (vgl. A.G. Gender-Killer 2005: 54).

Auch in einem Bericht vom 6. November 1954 wird in sexistischer Manier über ihre angeblich „freizügige“ Sexualität schwadroniert:

„'Stampfer' hat einen ausgeprägten Sexus, einen leidenschaftlichen Mund und ist Männern gegenüber nicht abgeneigt. 'Stampfer' macht den Eindruck eines leichten Mädchens“ (Genin 2009: 82f.).

Die Benennung Genins mit dem Decknamen „Stampfer“ ist beleidigend und abwertend. Dennoch scheint sie die sexuelle Phantasie ihrer Beobachter anzuregen, wenn sie sich motiviert sehen, sich über ihren Sexus, ihren Mund sowie ihre sexuellen Vorlieben auszulassen. Die Einschätzung, dass Genin „den Eindruck eines leichten Mädchens“ auf sie macht, verdeutlicht abermals die Verknüpfung von Sexismus und Antisemitismus<sup>46</sup>, denn sie schließt an das antisemitische Stereotyp der zügellosen, sexbesessenen Jüdin an. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) interessiert sich auch sehr für die Dokumentation ihres Sexuallebens: „Die G. lebt mit einem jungen Mann zusammen, dem sie sexuell völlig hörig ist u. der sie ständig negativ beeinflusst“ (ebd.: 141). Und Jahre später noch: „In den letzten Jahren wechselte sie häufig ihre Lebensgefährten bzw. Gefährtinnen“ (ebd.: 368).<sup>47</sup>

Nachdem Genin diese Berichte über sich in ihrer Stasi-Akte gelesen hat, fragt sie sich, ob ihr Beobachter einen „Jüdinntick“, so wie sie angeblich einen „Ariertick“, hatte (vgl. ebd.: 83). „Jüdinntick“ wirkt als Benennung der antisemitischen Sexualphantasien, die sich in dem Bericht andeuten, jedoch verharmlosend. Abgesehen davon pathologisiert Genin sich selbst, wenn sie davon spricht, dass sie einen „Ariertick“ hätte. Gleichzeitig greift sie damit die

---

45 Siehe hierzu und zu der Transformation dieses Bildes im rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialist\_innen zur „hässlichen Jüdin“ als „Flintenweib“ und Bolschewistin: A.G. Gender-Killer (2005: 50-58). Hildegard Frübis untersucht zudem das Verhältnis von Bild und Realität bei der Konstruktion des Typus der „schönen Jüdin“: Frübis (2005).

46 Siehe zur Verbindung von antisemitischen und sexistischen Bildern sowie zu der Vergeschlechtlichung von Körperzeichen und der Ethnisierung des jüdischen Körper auch: Günther (2005).

47 Es stellt sich hier die Frage, ob das MfS auch bei der Überprüfung eines männlichen Nichtjuden dessen Sexualität einen derart hohen Stellenwert eingeräumt hätte. Das kann im Rahmen dieser Arbeit allerdings nicht beantwortet werden.

Rassenideologie der Nationalsozialist\_innen auf, wenn sie eine Einteilung in Jüdinnen und Arier vornimmt und mit diesen beiden Begriffen eine „natürliche“ Dichotomie zwischen zwei angeblich grundsätzlich unterschiedlichen Gruppen herstellt, deren jeweiliges Begehren krankhaft oder zumindest anormal wäre („Tick“). Des Weiteren stimmt Genin dem Verfasser des Berichts bei seiner Einschätzung, dass sie ein „leichtes Mädchen“ sei, zu:

„Ich war nach Zuneigung so ausgehungert, das ich jede Freundlichkeit dankbar annahm. Und da ich gelernt hatte, nur über Sex menschliche Wärme zu bekommen, war ich allzu bereit, einem Mann, der sich für mich interessierte, in die Arme zu sinken“ (ebd.).

Es fällt ihr anscheinend tatsächlich schwer, die sexuellen Erwartungen, die Männer an sie als Frau und Jüdin herantragen, nicht zu erfüllen bzw. diesen zu widersprechen (s. u.). Evtl. steht das auch im Zusammenhang mit einem vermutlich traumatischen, da verdrängten, Kindheitserlebnis. Als Genin etwa zwölf Jahre alt ist, wacht sie davon auf, dass der Liebhaber ihrer Mutter, Herr Furman, auf ihr liegt. Anschließend beschwört er sie: „Erzähl das ja nicht deiner Mutter!“ (ebd.: 37). An mehr kann sie sich nicht erinnern. Genin fragt sich, ob sie damals vergewaltigt worden ist und sich deshalb dankbar und unterwürfig gegenüber Männern verhält, die mit ihr schlafen wollen.

Als Genin sich 1954 um ihre Umsiedlung in die DDR bemüht, besucht sie auch einen Freund von früher, Bonzo. Dieser meldet an das MfS über ihr Treffen: „Dieser Besuch erfolgte ausdrücklich gegen meinen Willen“ (ebd.: 77). Offensichtlich hält Bonzo es für erforderlich, sich zu schützen und gegenüber dem MfS abzusichern, denn Genin könnte ihm als Westemigrantin potentiell gefährlich werden. Bonzos Angst gründet in seinen eigenen Erfahrungen als Jude und Westemigrant mit der „Agentenhysterie“ in der frühen DDR. Er wurde von einer Richterschule in der DDR verwiesen, weil er in Australien eine Beziehung zu einer Frau hatte, die im Verdacht stand eine westliche Agentin zu sein, und er dies nicht der Partei mitteilte. Nun wird beargwöhnt, dass Genin als Jüdin und Westemigrantin eine „internationale Agentin“ (ebd.: 80) ist, erscheint doch ihr Wunsch, in die DDR zu ziehen äußerst suspekt. Aber auch von westlicher Seite wird vermutet, dass Genin evtl. versucht, sich als Spionin einzuschleusen. Hierzu ist in ihrer Sicherheitsakte, die von Australien nach Berlin gesendet wurde, die Warnung vermerkt:

„Loni GENIN, who is well known at Headquarters, has applied for a job with the Americans. The possibility that this application (...) may be an attempt at penetration cannot be excluded“ (ebd.: 80f.).

Dieser Verdacht ist allerdings nicht unbegründet, da Genin dem MfS tatsächlich als Informationsquelle über „westliche Verhältnisse, Stimmungen in Parteien und Organisationen

und unter den Angestellten der US-Mission“ (ebd.: 77) dienen soll und von Thier dazu aufgefordert wird, sich auch bei Einrichtungen der US-Armee um eine Stelle zu bemühen (vgl. ebd. 80). Befremdlich erscheint allerdings das Thier Genin laut Archiv verdächtigt, „Agent zu sein“, weil sie sich in seinem Auftrag „einem Amerikaner zur Mitarbeit angeboten hat“ (ebd.: 83). Genin wird weiter von der Stasi beschattet. Es wird zwar geplant, sie als „Geheime Mitarbeiterin“ anzuwerben und im Westen einzusetzen, gleichzeitig wird aber befürchtet, dass sie eine Doppelagentin ist:

„Es muss vorher noch geklärt werden, ob sie [...] evtl. bereits für eine westliche Agentenzentrale [arbeitet] und sich nur mit der Arbeit für uns tarnt“ (Teichert, 9.12.1954; zit. n. ebd.: 87).

Auch ihr Freund Bonzo versucht offenbar, sie als internationale Agentin zu überführen (vgl. ebd.). Als einer ihrer Bekannten Erkundigungen über den Stand der Bearbeitung ihres Antrages auf Umsiedlung einholt, erfährt er, dass Genin kein Visum für die DDR erhalten habe, „weil das MfAA überzeugt war, dass ich ein Spion sei“ (ebd.: 88). Vom ZK wird ihr schließlich geraten, erst mal nach England zu gehen und es später noch mal mit einer Übersiedlung zu versuchen. Genins zweiter Versuch in der DDR zu bleiben, ist damit gescheitert. Sie arbeitet deshalb von Mai 1955 bis März 1958 zunächst als Sekretärin und dann als Journalistin bei der linken Tageszeitung *Daily Worker* in London. Einen erneuten Antrag auf Übersiedlung in die DDR versucht Genin 1958 von Westberlin aus zu stellen, sie erhält jedoch keine Antwort. Der MfS-Hauptmann Prosetzky steht ihrem Ansinnen ablehnend gegenüber. Er beschreibt sie als „keineswegs zuverlässig“ (ebd.: 92). Misstrauen erregen auch ihr „auffällig starkes Bestreben, in die DDR übersiedeln zu wollen“, sowie ihre „Reihe undurchsichtiger Verbindungen“ (ebd.). Bei letzteren spielt Prosetzky vor allem auf ihre Kontakte zu Verwandten und Freund\_innen in Australien (westliches Ausland) an. Dennoch wird Genin im November 1961 durch die Stasi angeworben und arbeitet für diese bis zu ihrer ersehnten Umsiedlung in die DDR im Mai 1963 als „Geheimer Informator“ in Westberlin.

Von staatlicher Seite wird Genin allerdings auch später noch „als politisch völlig aufgeweicht eingeschätzt“ (ebd.: 129). Insbesondere aufgrund ihrer westlichen Sozialisation und ihren dadurch geprägten Vorstellungen von offener politischer Auseinandersetzung gerät Genin mit der starren Ausrichtung des Parteiapparats und dessen dogmatischen Weltanschauung regelmäßig in Konflikt. Ihr wird außerdem oftmals vorgeworfen, zu subjektiv, undiszipliniert und psychologisierend zu sein (vgl. ebd.: 123). Besonders letzter Punkt mag zutreffend sein, da auch Genins gesamte Autobiographie, wahrscheinlich vor dem Hintergrund ihrer langen psychotherapeutischen Behandlung, sehr psychologisierend wirkt, sowohl was ihre

Antisemitismus- als auch ihre Sexismuserfahrungen betrifft. Viel Raum nimmt darin die Problematisierung ihrer Beziehung zu ihrer Mutter und ihrer Schwester Renia ein. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass derartige Vorwürfe unabhängig davon, ob sie vielleicht zutreffend sein mögen, insbesondere an Frauen gerichtet werden.

### ***4.3 Leben in der DDR: antisemitische Erfahrungen und antifaschistische Schutzschilder***

Genin beschreibt auf verschiedenen Ebenen Antisemitismus in der DDR, den sie damals aber hauptsächlich als „Dummheit der Einzelnen“ (Genin 2009: 206) begreift. Vor allem schildert sie antisemitische Erfahrungen mit einzelnen Menschen. Diese knüpfen dabei auch an alte antisemitische Stereotype wie das des „geldgierigen Juden“ an. Dergestalt wirft Genins Freundin Hannelore ihr mit den Worten: „Das ist typisch für Juden. Sie sind immer auf Materielles aus. Meine Mutter hat mir das schon erzählt, als ich acht Jahre alt war“ (ebd.: 108f.) vor, dass sie nur wegen der VdN-Privilegien<sup>48</sup> in die DDR gekommen sei. Von anderer Seite erfährt Genin aber auch Bewunderung und Anerkennung für ihren VdN-Status, wie bspw. durch eine Erzieherin aus dem Hort ihrer Kinder (vgl. ebd.: 203).

Als Frau wird Genin mit ganz anderen, oftmals sexualisierten Erwartungen und Bildern konfrontiert als Eschwege. So wird ihr gegenüber Unverständnis darüber geäußert, dass sie „aus einem Land mit so einem Männerüberschuss“ (ebd.: 110) in die DDR gekommen ist, wo Frauen angeblich um Männer rivalisieren. In diese Äußerung ist die Befürchtung verpackt, dass Genin zur Bedrohung für Frauen aus der DDR werden könne, indem sie mit ihnen um die wenigen Männer konkurriert. Diese Gefahr muss in dem Wissen um die Verführungskünste der hemmungslosen „Juive Fatale“<sup>49</sup> (A. G. Gender-Killer 2005: 51) und ihre „teuflische Attraktion“ (ebd.) umso greifbarer wirken. Die „schöne Jüdin“ wurde oftmals als negatives Gegenbild zur „christlich-keuschen deutschen Mutter“ (ebd.) entworfen. Sie diene dabei als Projektionsfläche männlicher Ängste und Phantasien:

„Die jüdische Frau<sup>TM</sup><sup>50</sup> fungierte als sexualisierte Einschreibefläche kollektiver, männlicher, schauerlich-

---

48 Die Vorteile aufgrund ihres Status' als VdN bestehen darin, dass sie nur 6 % Steuern zahlen muss, eine Kur pro Jahr, bereits nach fünf Jahren einen Trabant oder Wartburg und nach einem Jahr eine Tiefkühltruhe erhält. Des Weiteren wird sie bei der Zuteilung von Wohnungen und der Bereitstellung eines Telefons bevorzugt (vgl. Genin 2009: 125; FN 46). Auch erhält sie eine Rente in erheblicher Höhe, die ihr eine relative finanzielle Unabhängigkeit gewährt und es ihr ermöglicht, freiberuflich tätig zu sein.

49 Siehe zum Zusammenhang von „Juive Fatale“ und „Femme Fatale“: A.G. Gender-Killer (2005: 50-55).

50 Das TM verwendet die A.G. Gender-Killer bei Begriffen wie: „Jüdin“, „Jude“, „jüdisch“, um den Konstruktionscharakter dieser hervorzuheben. Sie betonen, dass sie nicht „von real existierenden Jüdinnen und

schöner Angstvorstellung vor einer weiblichen jüdischen<sup>TM</sup> 'Bedrohung' (ebd.: 54f.).

Die Kopplung von imaginierte sexueller Verfügbarkeit mit Jüdisch-Sein wird in vielen von Genins Erzählungen über ihre Kontakte und Beziehungen zu Männern deutlich. Als ein ZK-Mitarbeiter, der wie er sagt, von ihr „sexuell lernen“ möchte, sie sexuell belästigt, fragt sie sich: „Ich war ganz sicher, dass es ihm nicht um mich ging. Wollte er Sex mit mir, weil ich Jüdin bin?“ (Genin 2009: 164). Und auch Werner, mit dem sie sich über seine Erinnerungen an die 1930er Jahre in Berlin unterhalten möchte, assoziiert Jüdin mit sexuellem Verlangen und Lusternheit:

„'Unter den Jüdinnen waren sehr hübsche Frauen', schwelgte er. 'Ich werde nie vergessen, wie ich, ich war wohl dreizehn, hinter einer jungen Frau eine steile Treppe hoch ging. Ich konnte unter ihren Rock sehen. Sie hatte keinen Schlüpfen an'“ (ebd.: 330).

Seine sexuellen Sehnsüchte und Träume projiziert er nun auf Genin. Beide Männer greifen auf tradiertes Wissen um die schöne und sexbesessene Jüdin zurück und aktualisieren es, indem sie es auf Genin übertragen.

Genin stellt sich als Person dar, die zwischen dem offensiven Umgang damit, Jüdin zu sein, und der Angst, als solche von anderen „erkannt“ zu werden, schwankt. Einerseits entscheidet sie sich dafür, sich „Salomea“ statt „Loni“<sup>51</sup> zu nennen: „Ich musste mich als Jüdin behaupten, vor mir selbst und vor den anderen!“ (ebd.: 169). Andererseits befürchtet sie bspw. in einer Seminarsituation in der Universität, dass ihre Kommiliton\_innen von ihrem Jüdisch-Sein erfahren:

„Mir war, als habe sie mich persönlich gefragt, dachte ich in Panik. Sie war die einzige im Raum, die wusste, dass ich Jüdin bin. Wenn ich jetzt etwas sagte, könnte ich mich vor den anderen entlarven“ (ebd.: 186).

Auch bei einer Zugfahrt mit ihrer Seminargruppe möchte sie nicht offenbaren, dass sie einen VdN-Ausweis besitzt, mit welchem sie eigentlich umsonst fahren würde: „Jetzt bezahlte ich lieber, als den anderen zeigen, dass ich VdN war“ (ebd.: 202).

Später lässt sie sich aus Westberlin eine Halskette mit einem Davidstern, Symbol des Judentums und Israels, mitbringen: „In Ost-Berlin konnte man so etwas nicht kaufen“ (ebd.: 199). Warum es nicht möglich ist, in Ostberlin einen Davidstern zu kaufen, erläutert sie nicht. Aber sowohl als religiöses wie auch politisches Symbol (des Zionismus' und Israels) dürfte es nicht konform mit

---

Juden sprechen, sondern von (durchaus wirkmächtigen) Bildern, die Antisemitismus und Nationalsozialismus produziert haben“ (A.G. Gender-Killer 2005: 9).

51 Seit der Beantragung der DDR-Staatsbürgerschaft 1964 muss sie offiziell den Namen Salomea führen, was sie bis dahin immer versucht hatte, zu umgehen, da er sie ihrer Ansicht nach sofort als Jüdin auswies. In ihrer Familie wurde sie seit ihrer Geburt „Loni“ genannt.

der Ideologie der SED gehen. Zum einen scheint Genin den Wunsch zu verspüren, als Jüdin sichtbar zu sein. Trotzdem entscheidet sie sich auch aus Angst vor Ressentiments dagegen, den Stern in Berlin sichtbar zu tragen: „Ich hatte keine Lust auf... Ich konnte nicht benennen, welche verletzenden Reaktionen ich erwartete“ (ebd.). Während einer Kur wagt sie es jedoch, auszuprobieren, wie andere auf dieses Symbol reagieren. In Folge dessen sieht sich ein Mann, der sie im Park anspricht, motiviert, ihr „schwammig und zugleich grimmig von seinen Wehrmachtserfahrungen in der Sowjetunion zu erzählen“ (ebd.: 200). Aber als ob das gegenüber einer überlebenden Jüdin nicht schon pietätlos genug wäre, gelingt ihm noch eine deutliche Steigerung: „Später bekam ich das Gefühl, dass er mir einiges verschwieg. Er wollte Sex mit mir“ (ebd.). Und sie erfüllt ihm dieses Verlangen. Einem alten Freund, Piepel, den sie während ihrer Kur trifft, gelingt eine ähnliche Übertragungsleistung: Davidstern, Jüdin und Sex, werden von ihm allerdings noch durch die Komponente Zionismus erweitert: „Sag mal, Loni, was trägst du denn da? Du siehst ja aus wie eine zionistische Zimtzigke!“ (ebd.: 201). Kurz darauf schlafen sie miteinander bzw. er mit ihr. Die Szene im Wald scheint nicht wirklich von Genin gewollt zu sein, sie wird von ihm „überrascht“. Hierbei könnte mensch eventuell auch von einer Vergewaltigung sprechen. Diese Einschätzung wird durch Genins folgende Aussage gestützt: „Ich ließ es geschehen, weil ich nicht den Mut hatte, diesem Übertäter nein zu sagen“ (ebd.). Sie schafft es nicht „nein“ zu sagen und dadurch mit den Ansprüchen und Wünschen, die Männer an sie stellen, zu brechen. Diese verlangen von ihr sexuelle Gefügbarkeit. Dabei ist untrennbar miteinander verwoben, welche Erwartungen an sie als Frau und welche an sie als Jüdin herangetragen und eingefordert werden. Genin sagt über sich selbst, dass sie sich auf zwei Ebenen nicht annehmen kann: „Als Jüdin und als Frau.“ Ihre Selbstablehnung erklärt sie sich mit ihrer „Verinnerlichung antisemitischer und sexistischer Vorurteile“ (ebd.: 283).

Allerdings schreibt Genin auch über Philosemitismus in der DDR, der teilweise zu abstrusen Situationen führt. So ergreift auf den *Tagen der jiddischen Kultur* im Januar 1987 eine Frau ihre Hand mit den Worten: „Entschuldigen Sie, ich wollte schon immer mal einem Juden die Hand drücken!“ (ebd.: 356). Offenbar liegen Antisemitismus und Philosemitismus nah beieinander und schließen sich nicht aus.<sup>52</sup> Zumindest hinsichtlich des Otherings beruhen sie auch auf ähnlichen Mechanismen, denn in beiden Fällen wird ein Bild von Jüd\_innen konstruiert und als Anderes der eigenen Identität entgegen gesetzt. Im Falle der Frau hier scheint sich die Exotisierung von Genin als Angehöriger einer Minderheit in der DDR und als „echter Jüdin“ mit eigenen Schuldgefühlen zu mischen.

---

52 Siehe zur Nähe von Antisemitismus und Philosemitismus: Diekmann (2009).

Auch in staatlichen Institutionen, so erzählt Genin, begegnete sie Menschen, die für ihre jüdische Herkunft eine für sie überraschende Empathie zeigen. Als sie 1972 die Sonderreifeprüfung an der HU ablegt, hat sie den Eindruck, dass die zwei Prüfer sie unbedingt bestehen lassen wollen (ebd.: 175). Und ihre Kinder bemerken, dass ihre Lehrer ihnen gegenüber vorsichtiger und unsicherer sind. Genin stellt fest, dass sie als Jüdin, als Altkommunistin und als Mitarbeiterin des MfS über drei „Schutzschilder“ verfügt, die ihr mehr Freiheiten, bspw. hinsichtlich Reisen und Meinungsäußerungen, eröffnen (vgl. ebd.: 261 u. 285). Auf der einen Seite stellt Genin zwar auch antisemitische Erfahrungen in der DDR dar, andererseits kann sie sich gerade weil sie Jüdin ist, ein selbstbewusstes öffentliches Eintreten für ihre Ansichten erlauben, ohne schlimmere Konsequenzen fürchten zu müssen. Genin bilanziert: „[U]ns Juden [wurde] in der DDR eine gewisse Narrenfreiheit zugebilligt“ (ebd.: 270). Und Hermann Simon, stellvertretender Vorsitzender der Ostberliner Gemeinde, stellt nach „der Wende“ Genin gegenüber fest:

„Wir standen unter staatlichem Naturschutz allein schon dadurch, dass manche Staatsfunktionäre Angst hatten, uns zu kritisieren, weil sie nicht in den Ruch kommen wollten, etwas gegen Juden zu haben“ (ebd.: 173).

#### **4.4 Vergangenheitsbewältigung**

Genin zeichnet sich als Menschen, der nach menschlicher Zuneigung und Wärme sucht, sie möchte sich zugehörig fühlen zu einer imaginierten homogenen Gemeinschaft. Schmerzhaft muss sie aber erfahren, dass sie als Jüdin nicht in der „deutschen Nation“ aufgeht, sondern als ihr „Anderes“ dieser entgegen steht: „Was mein Verstand längst begriffen hatte, holte mein Gefühl jetzt nach: Ich werde nie zu den Deutschen gehören, denn ich bin anders<sup>53</sup> als sie, und das dulden sie nicht“ (Genin 2009: 171). Auch wenn es „die Deutschen“ selbstverständlich genau sowenig gibt wie „die Juden“, bleibt die Wirkmächtigkeit dieser beiden Kategorien inklusive ihrer Aus- und Einschlussmechanismen bestehen. Da Genin das Gefühl hat, zu „den Deutschen“ nicht dazugehören zu können, sucht sie nach Anschluss zu anderen Jüd\_innen und wird im Mai 1972 Mitglied der jüdischen Gemeinde. Später engagiert sie sich in der Gruppe *Wir für uns*<sup>54</sup> unter dem Dach der Ostberliner Jüdischen Gemeinde: „Nur unter Juden war ich weder anders noch

53 Bei ihrem Gefühl des „Anders-Seins“ spielt des Weiteren ihre Sozialisation in Australien eine Rolle. Die von ihr dort erfahrenen und geschätzten Werte wie bspw. freie Meinungsäußerung vermisst sie in der DDR. Gleichwohl fühlte sie sich auch in Australien „fremd“ (s.o.).

54 Die Gruppe „Wir für Uns – Juden für Juden“ entsteht Ende Juni 1986 aus Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Ostberliner Jüdischen Gemeinde und organisiert hauptsächlich Kulturveranstaltungen. Aus dieser Gruppe geht im Januar 1990 der Jüdische Kulturverein in der DDR hervor, der später zum Jüdischen Kulturverein Berlin e. V. wird. Siehe zur Geschichte des Jüdischen Kulturvereins: Runge/ Bachmann (2009).

sonderbar. Aber wer wollte schon Jude sein?“ (ebd.: 141). Sie selbst wollte lange Zeit nicht als Jüdin erkennbar sein, zum einen aus Angst, welche ihren Ursprung in dem direkten Erleben der nationalsozialistischen Verfolgung in ihrer Kindheit hat, zum anderen aufgrund ihres dysfunktionalen Verhältnisses zu ihrer Mutter:

„Ich war vor dem Jüdischen weggerannt, überlegte ich, weil ich meine Mutter, die für mich alles Jüdische verkörperte, nicht leiden konnte und weil ich als Kind den Antisemitismus der Nazis verinnerlicht hatte. Hatte ich mich durch meine Anpassung an die DDR verloren?“ (ebd.: 169).

Jüdisch-Sein ist in Genins Schilderungen mit Angst verwoben. Als sie ihren Sohn das erste Mal stillt, ergreifen sie Panik und Entsetzen bei der Erkenntnis, dass er Jude ist:

„Er ist ein Jude! Er kommt nach mir! Er wird meine Probleme haben: mein Unerträglichsein, meine Überempfindlichkeit, meine Ruhelosigkeit! Der Junge ist von Geburt an gezeichnet! Ich unterdrückte die Tränen. Trauer und Panik über seine Zukunft erfüllten mich und die Überzeugung, dass ich ihn umerziehen müsse, ihn nicht so belassen dürfe, wie er war“ (ebd.: 135).

Offenbar hat sie auch Angst davor, dass ihrem Sohn angesehen werden kann, dass er Jude ist und dass er damit von klein auf die Last der potentiellen Diskriminierung und Verfolgung trägt, ohne sich derer entledigen zu können. Dabei assoziiert sie jüdisch mit „Unerträglichsein“ und „Überempfindlichkeit“ und führt letztlich „ihre Probleme“ darauf zurück, dass sie Jüdin ist. Warum Genin sich für überempfindlich und unerträglich hält, konkretisiert sie nicht. Evtl. hängen diese Selbstanschuldigungen mit Vorwürfen, die ihr seitens ihrer Familie oder auch von anderen Menschen entgegen gebracht wurden, zusammen. Interessant dabei ist, dass sie diese kritische Einschätzung ihrer selbst damit erklärt, dass sie Jüdin ist und nun annimmt, dass ihr Sohn qua Genealogie diese „Charakterschwächen“ geerbt hätte. Sie befürchtet, dass ihr Sohn als Jude „ihre Probleme“ bekommen wird, die Probleme mit denen sie sich aufgrund ihres Jüdisch-Seins konfrontiert sah. So beschreibt sie bspw., dass sie als Überlebende des Holocaust in Gesprächen mit Menschen in der DDR, in denen ihre Vergangenheit thematisiert wurde, das Gefühl bekam, nicht existenzberechtigt zu sein:

„Aus der freundlichen Unterhaltung wurde plötzlich eine höfliche, und mancher ging mir danach sogar aus dem Weg, was mich verletzte. Wunderten sie sich, dass es mich überhaupt gab? Jahre später wurde mir bewusst, dass ich damals das Gefühl bekam: Eigentlich gehöre ich in die Gaskammer“ (ebd.: 119).

In ihrer Darstellung wenden Menschen sich von ihr ab, wenn sie erfahren, dass sie Jüdin ist: „Meine bloße Existenz löste in ihnen Schuldgefühle wegen der Nazivergangenheit aus“ (ebd.: 169). Und nach einer Gruppentherapie bei der auch Thema ist, dass sie sich als Jüdin in der DDR unwohl fühlt, erkennt sie: „Tja, auch sie [...] werden mir Auschwitz nie vergeben!“ (ebd.: 385).



Abwehr, Unbehagen und Gleichgültigkeit ruft sie, laut ihrer Erzählung, bei anderen hervor. Einige fühlen sich dazu veranlasst, sich ihr gegenüber von jeglicher (Mit)Schuld freizusprechen:

„Mancher machte mir klar, dass der Mord an den Juden mit ihm persönlich nichts zu tun habe. Dann stellte ich mir vor, wie er gleichgültig daneben steht, während ich zur Deportation mit vielen anderen in einen Viehwaggon geschoben werde“ (ebd.: 168).

Derartige Situationen lösen bei ihr Angst aus, die sie im Wissen darum verdrängen kann, dass sie in der antifaschistischen DDR lebt. Aber dabei hat sie durchaus präsent, dass ein Teil deren Bevölkerung im NS aufgewachsen ist und diesen passiv wie aktiv unterstützt bzw. überhaupt ermöglicht hat. So empört sich Genin bei einer Führung in Buchenwald bei der sie dolmetschen soll:

„Sie reden, als seien die Nazis irgendwelche Monster, die mit der Bevölkerung nichts zu tun hatten! Aber sie waren die Nachbarn, die Freunde, die eigenen Familienmitglieder. Schließlich haben mehr als achtzig Prozent der Bevölkerung Hitler unterstützt!“ (ebd.: 136).

Damit bricht sie mit dem ideologischen Geschichtsverständnis der SED, welches den NS als Faschismus und von daher als Produkt des Finanzkapitals, das „deutsche Volk“ aber als Opfer begreift (s.o.).

Laut Genin wird über die lebenden Jüd\_innen in der DDR geschwiegen: „Ich fühlte mich wie ein unsichtbares Gespenst, existent und doch nicht wahrgenommen“ (ebd.: 169). Sie erklärt sich die Ignoranz vieler ihrer Mitmenschen ihr und ihrer Vergangenheit gegenüber damit, dass zwar direkt nach dem Krieg in der DDR viele Nationalsozialisten verurteilt und im Gegensatz zur BRD auch aus den höheren Positionen entfernt worden sind, aber das eine Auseinandersetzung mit der Ideologie und dem Antisemitismus des NS nicht erfolgt sei:

„eine Diskussion über Naziideologie und Antisemitismus war tabu. Und weil sie nicht nur in den Köpfen, sondern auch durch den Bauch aufgenommen worden waren, lagen sie bei vielen Menschen immer noch dort“ (ebd.: 218).

Es ist wahrscheinlich, dass die Menschen, die vor 1945 antisemitisch dachten und der nationalsozialistischen Ideologie anhängen, dieses in der DDR diskreditierte Denkmuster nicht einfach ablegten, sondern beibehielten. Von daher ist auf der individuellen-privaten Ebene eine Kontinuität von Antisemitismus denkbar. Agnes Blänsdorf weist darauf hin, dass das Problem der Verstrickung des „einfachen Volkes“ in den NS in der DDR durchaus wahrgenommen und bspw. in der Literatur von Uwe Johnson und Christa Wolf thematisiert wurde. Auf politischer Ebene war dies allerdings ein Tabuthema (vgl. Blänsdorf 1995: 29). Es muss aber betont werden, dass die DDR Antisemitismus öffentlich klar verurteilte und gegen antisemitische

Ausschreitungen vorging. Auch wurden jüdische Friedhöfe und Gemeinden finanziell unterstützt und vorsichtige Zeichen des Erinnerns und Gedenkens gesetzt.<sup>55</sup> Kritisch anzumerken ist aber, dass in der DDR der NS als Faschismus verstanden wurde, was ob der damit einhergehenden Universalisierung potentiell die Gefahr der Relativierung birgt. Gleichzeitig kann der NS durch den Systemwechsel aus der „Eigengeschichte“ externalisiert werden:

„Durch die Verknüpfung von Faschismus und Kapitalismus verlor der Nationalsozialismus jede Beziehung zur sozialistischen DDR und wurde zur kritischen Verurteilung der kapitalistisch gebliebenen Bundesrepublik benutzbar“ (Bergmann et al 1995: 15f.).

Der Rassenantisemitismus der Nationalsozialist\_innen wurde ganz in der Tradition der KPD lediglich als Ablenkungs- und Manipulationsinstrument der Arbeiterklasse und als Phänomen der Klassengesellschaft gedeutet.<sup>56</sup> Diese Einschätzung wird der Relevanz und dem Stellenwert des Antisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie nicht gerecht. Aufgrund ihres Antisemitismusverständnisses und ihrem manichäischen Weltbild konnte die SED Antisemitismus als Problem der kapitalistisch-imperialistischen BRD und die „jüdische Frage“ in der SBZ bereits 1949 für gelöst erklären, war dort schließlich der Faschismus besiegt. Dieser Logik gemäß bestand also gar keine Notwendigkeit, sich mit Antisemitismus und dessen etwaiger Fortdauer in der DDR öffentlich weiter auseinanderzusetzen. Die Interpretation der NS-Zeit durch die SED stand immer im Zusammenhang mit deren Faschismustheorie. Dieser ideologische Rahmen wurde nie wesentlich verändert, wenngleich im Laufe der Zeit ein differenzierteres Bild des NS durch mehr Faktenwissen gezeichnet und seit den 1970ern neue Forschungsbereiche erschlossen wurden. Das Bild vom „Volk der Antifaschisten“ wurde später allerdings auch DDR-intern angezweifelt und kritisiert (vgl. Blänsdorf 1995: 31).

Forschung und Diskussion über den NS waren stets eng mit Politik und Selbstdarstellung der DDR verbunden. Groehler unterscheidet fünf Phasen in der Geschichtsschreibung über die Jüd\_innenverfolgung und den Holocaust. Nach der Zeit des „spontanen Antifaschismus“ (Groehler 1992: 42) der Nachkriegsjahre in der die Diskussion noch offen war, folgte das „Jahrzehnt der Verdrängung“ (ebd.) von 1949 bis 1959 dessen Kennzeichen ein „orthodoxer Antifaschismus“ und „stalinistischer Antisemitismus“ (ebd.) waren. Erst Anfang der 1960er

---

55 Am 1. September 1953 wurde die Synagoge in der Rykestraße in Berlin an die Jüdische Gemeinde übergeben. 1954 wurde in Buchenwald ein Gedenkstein für die jüdischen Opfer der „Reichskristallnacht“ gesetzt. Im November 1956 wurde der Pogromnacht des 9. November 1938 im Berliner Friedrichstadtpalast im großen Rahmen gedacht. 1961 wurde in Sachsenhausen ein „Museum des Widerstandskampfes und der Leiden des jüdischen Volkes“ errichtet. Seit 1960 unterstützte die DDR die Jüdischen Gemeinden im Gedenken an die nationalsozialistische Jüd\_innenverfolgung. Neue Synagogen wurden eingeweiht. Siehe zu den unterschiedlichen Phasen der Gedenkstättenpolitik der DDR und zum Erinnern der Reichspogromnacht: Groehler (1995).

56 Siehe zum Antisemitismusverständnis der KPD: Haury (2002: 277-284) und Gruppe MAGMA (2001: 203-225).

wandte sich die Geschichtswissenschaft der DDR der Problematik des Holocaust zu. Dies lag u.a. aber an der Umstrukturierung der Forschung und der Universitäten nach 1945. Eine Phase der „weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung“ (ebd.) mit dem Holocaust, die in die kommunistische Faschismuskritik gezwängt wurde, folgte. Vor allem seit den 1970ern fand eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der Jüd\_innenverfolgung im NS statt. In der letzte Phase von 1985/ 86 bis zum Ende der DDR konnte die Auseinandersetzung mit dem Holocaust auf breiterer Ebene geführt werden, die die gesamte jüdische Geschichte mit einschloss. Dabei wurde auch das Verhalten der Deutschen Bevölkerung thematisiert und untersucht. Im internationalen Vergleich waren die Beiträge der DDR zur Erforschung und Diskussion des NS und Holocaust jedoch zu wenig. Im Ausland fand die DDR trotz ihrer teils problematischen Interpretation des NS Anerkennung dafür, hinsichtlich personeller wie ideologischer Verbindungen überzeugender und konsequenter mit dem NS gebrochen zu haben als die BRD (vgl. Blänsdorf 1995: 31). Die Dimension der persönlichen Auseinandersetzung jedes einzelnen blieb dagegen leider außen vor:

„Persönliche Faschismusbewältigung war in der DDR seit den 50er Jahren kein erwünschtes Thema mehr, das irgendwelche öffentliche Resonanz finden konnte und sollte. Auf diese Weise konnten Millionen von deutschen in der DDR aus dieser Verantwortung flüchten“ (Groehler 1992: 31).

Auch die historische Verantwortung gegenüber dem israelischen Staat wurde von der DDR zurückgewiesen. Dementsprechend konnte die Existenzberechtigung Israels als jüdischer Staat in den Augen der DDR nicht mit dem Holocaust begründet werden. Verbreitet war die Ansicht, die Frau Schöttle vom Heimatgeschichtlichem Kabinett in Berlin gegenüber Genin vertritt, dass eine weitergehende Beschäftigung mit dem Holocaust nicht notwendig sei, da insbesondere in Hinblick auf die Politik Israels „auch die Gegenwart [...] bewältigt werden [muss]“ (ebd.: 358). Diese Erkenntnis ist auf mehreren Ebenen äußerst problematisch, da sie zum einen durch die Gleichsetzung von „Juden“ und „Israel“ eine Kollektivverantwortung aller Jüd\_innen für die israelischen Politik(en) insbesondere gegenüber den Palästinenser\_innen unterstellt: „Ja, aber was die Juden in Palästina machen [...] Die Juden haben kein Recht, den Palästinensern ihr Land wegzunehmen“ (ebd.). Bei Genin entsteht dadurch der Eindruck, dass Frau Schöttle sie direkt als Verantwortliche anspricht. Zum anderen erkennt diese Frau die Existenzberechtigung Israels nicht an, wenn sie fordert: „Israel muss da weg“ (ebd.). Aufgrund ihrer vorherigen Gleichsetzung von „den Juden“ und dem Staat Israel kann damit nur gemeint sein: „Die Juden müssen da weg“. Des Weiteren begreift Frau Schöttle Israel als Täterstaat und Völkermörder. Wie ihre folgende Aussage verdeutlicht, lässt sich mit dieser, nicht nur für hiesigen Schuld-Abwehr-

Antisemitismus typischen, Täter-Opfer-Umkehr<sup>57</sup> dann auch der Holocaust relativieren und der Tendenz nach sogar legitimieren:

„Die Israelis tun mit den Palästinensern dasselbe, was die Nazis mit den Juden getan haben, und so kann ich nicht richtig bedauern, was den Juden hier geschah“ (ebd.).

Darüber hinaus relativiert Frau Schöttle durch ihre Gleichsetzung von Holocaust und israelischer Palästinenser\_innen-politik ersteren und spricht ihm seinen singulären Charakter<sup>58</sup> ab. Laut Haury ist die

„Gleichsetzung von Israels Kriegsführung mit der nationalsozialistischen Ermordung der Juden [...] das auffälligste Merkmal der antiisraelischen Propaganda der DDR“ (Haury 2007: 296f.).

Diese hat Frau Schöttle anscheinend aufgesogen. Allerdings dürfte sie mit ihrer spezifischen Form der Israelfeindschaft, welche sich mit Geschichtsrevisionismus, Täter-Opfer-Umkehr, der eigenen Schuldabwehr sowie einem jüdischen Kollektivschuldvorwurf verbindet und damit die Kriterien eines sekundären Antisemitismus nach Auschwitz<sup>59</sup> erfüllt, nicht alleine da stehen. Ein dergestalt als Israelkritik<sup>60</sup> getarnter Antisemitismus erfreut sich auch heute noch Beliebtheit und ermöglicht es, an antisemitischen Denkmustern festzuhalten und diese öffentlich zu artikulieren, wohingegen der rassistische Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialist\_innen weder in der DDR noch in der BRD gesellschaftsfähig war und ist. Allerdings ist in der DDR aufgrund des staatlich geforderten Antizionismus ab etwa 1952 bis in die späten 1980er Jahre eine harsche Kritik an Israels Politik(en) auch in der Öffentlichkeit sehr präsent, diese Kritik ist zumeist als antisemitisch einzuordnen, wenn ein Verschwörungszusammenhang zwischen US-Imperialismus, Finanzkapital, Zionismus und Israel konstruiert wird. Dagegen setzten sich viele aber auch zur Wehr. So protestierte bspw. der Auschwitz-Überlebende und Widerstandskämpfer Eugen Gollomb als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Leipzigs gegen die antizionistische Politik der SED und die Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Aufgrund seines Widerstands gegen die israelfeindliche Haltung der SED galt er der Stasi als „extremer Zionist“. So weigerte er sich mehrmals, Resolutionen gegen Israel zu unterzeichnen

---

57 Siehe zum Strukturmerkmal der Täter-Opfer-Umkehr im Antisemitismus: Holz (2001: u. a.: 160 u. 548).

58 Siehe zum Holocaust als singuläres Ereignis: Diner (1988).

59 Werner Bergmann ist der Ansicht, dass in der BRD „ein 'Formwandel' des traditionellen modernen Antisemitismus in einen 'latenten, sekundären Antisemitismus' stattgefunden hat, der sich im wesentlichen aus dem Problem der Vergangenheitsbewältigung speist“ (Bergmann 1990: 151). Siehe zum sekundären Antisemitismus nach Auschwitz auch: Haury (2002: 122-157).

60 Es sei hier noch mal betont, dass nicht jede Form der Israelkritik automatisch antisemitisch ist. Um einzuschätzen, bei welcher Art der Israelkritik es sich um eine Form von Antisemitismus handelt, gilt es, deren Argumentationsweisen zu untersuchen. Dabei sind Geschichtsrevisionismus, Schlussstrichdebatten, Täter-Opfer-Umkehr, eigene Schuldabwehr, Kollektivschuldvorwurf für die Politik Israels gegenüber Jüd\_innen Anzeichen für das Vorliegen von Antisemitismus.

(vgl. Hollitzer 1994a: 310f.). Auch die anderen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden lehnen insbesondere 1967 eine öffentliche Erklärung gegen Israel ab, die gegen die „israelische Aggression“ im Sechstagekrieg protestieren soll. Bei der Bevölkerung stößt diese Haltung auf Wohlwollen, wie die Weigerung von Belegschaften der Protestresolution zuzustimmen zeigt. Dieses Handeln ist offenbar zum einen durch einen „Philosemitismus des schlechten Gewissens“ (Hartewig 2000: 571) motiviert, erfolgt zum anderen aber aus grundlegender Sympathie mit Israel. Seitens der SED wurden derartige pro-israelische Äußerungen mit Disziplinierungsmaßnahmen beantwortet und als westliche Infiltration diffamiert (vgl. Hartewig 2000: 568-572). Ebenfalls 1967 weigert Gerhard Leo sich, einen Beitrag des außenpolitischen Magazins *Objektiv* zu sprechen, in dem es um die aggressive Politik Israels gehen soll. Leo ist der Ansicht, dass dieser Beitrag der laut Stasi-Vermerk nachweist, dass Israel als „Vorposten des Weltimperialismus im arabischen Raum systematisch seine gegen die Araber gerichteten Funktionen im Interesse der Ölmonopole ausbaut“ (Leo 2009: 230) antisemitisch ist. Daraufhin wird Leo von seiner Funktion im Fernsehfunk entbunden. Sein Enkel Maxim fragt sich diesbezüglich etwas pathetisch:

„Was das wohl in ihm angerichtet hat, auf einmal wieder als Jude dazustehen? Er, der das doch alles am liebsten abgeschüttelt hätte, musste Partei für Israel ergreifen, weil es sonst keiner tat. Weil die Judenfeindschaft außer ihn niemanden störte. Er, der Jude, wurde bestraft, weil er den Antisemitismus nicht ertrug“ (Leo 2009: 231).

In Puncto Israel ist Genin lange Zeit auf Parteilinie. Später bezeichnet sie sich als aufgrund ihrer israelkritischen Haltung als „jüdische Antisemitin“ (Genin 2009: 178). Sie sieht Israel als „Unterdrücker“ der Palästinenser\_innen und erklärt sich dazu bereit für die Stasi bei ihrer Israelreise 1972 „Erkundigungen“ einzuholen.<sup>61</sup> Auch lehnt sie es bspw. ab, ein Kondolenzschreiben zur Ermordung der Israelischen Sportler in München zu unterschreiben. Als Begründung für ihre Weigerung führt sie an, dass in dem Schreiben die Ursache der Aktion der Terroristen nicht erwähnt wird (vgl. Genin 2009: 184). Des Weiteren ordnet sie den Zionismus als klassenfeindliche Bewegung ein. Das Antizionismus und Antisemitismus aber nur schwer voneinander zu trennen sind und sie sich als Jüdin immer auch dem Vorwurf des Zionismus ausgesetzt fühlen muss, beklagt sie in einem Brief an den Leiter der Abteilung für Kirchenfragen

---

<sup>61</sup> Sie soll u. a. Adressenmaterial und eine Auswahl an Publikationen von israelischen oder zionistischen Organisationen und Einrichtungen beschaffen, die gegen die sozialistischen Länder tätig sein. Des Weiteren soll sie angebliche Verbindungen, Pläne und Absichten ehemaliger SU-Bürger in Israel auskundschaften. Auch Eschwege erstellt bei seinen Reisen nach Israel Berichte für die Stasi und nutzt diese u. a., um offene Kritik an der israelfeindlichen Politik der SED zu äußern. Siehe Eschwege (1991: 92f.). Laut Stefan Meining habe Eschwege aber auch seinen Freundes- und Bekanntenkreis für das MfS ausgespäht und sich dabei als zuverlässiger Überzeugungstäter erwiesen. Siehe zur kritischen Einschätzung von Eschweges Stasi-Tätigkeit: Meining (2002: 205-210 u. 234-239).

im ZK Bellmann:

„jüdische Genossen (...) werden mit der Erscheinung konfrontiert, dass wenn sie sich zum Judentum bekennen, ihnen Zionismus unterschoben wird. Das nehmen wir übel“ (ebd.: 207f.).

An anderer Stelle sieht sie dagegen selbst eine gewisse Verbundenheit mit dem Zionismus: „Obwohl ich nie Zionistin war, ist die Geschichte des Zionismus auch ein Teil meiner Geschichte“ (ebd.: 265). Allerdings stellt sie diese in den Zusammenhang mit der jüdischen Verfolgung und Vernichtung, vor deren Hintergrund sie auch die Existenzberechtigung Israels anerkennt:

„Am liebsten hätte ich sie angeschrien: Und der Holocaust? Dass es Israel überhaupt gibt, haben wir allein der Generation Eurer Eltern zu verdanken! Interessiert das hier keinen?“ (ebd.: 266f.).

## **5. Fazit**

In der Analyse der beiden Autobiographien ist deutlich geworden, dass Jüd\_innen in der DDR entgegen deren antifaschistischen Selbstverständnisses auf verschiedenen Ebenen Erfahrungen darstellen, die als antisemitisch einzuordnen sind. Beispielsweise wurde oben das Parteiverfahren gegen Eschwege als ideologisch motiviertes veranschaulicht. In diesem Kontext treten die u. a. im Rekurs auf die Arbeiten Thomas Haurys aufgezeigten strukturellen wie inhaltlichen Affinitäten der SED-Ideologie der Säuberungsphase zum modernen, nationalen Antisemitismus, praktisch in Erscheinung. Im hier betrachteten Falle werden US-Imperialismus, Zionismus, Finanzkapitalisten und Israel als ein Verschwörungskonglomerat konstruiert. In letzter Konsequenz schließt dieses „die Juden“ mit ein. So wird der Parteiausschluss Eschweges u. a. mit seiner Tätigkeit für die jüdische Gemeinde und seiner Emigration nach Palästina begründet. Spionage und Zersetzungsarbeit bedeuten in der Logik des Kalten Krieges eine Gefahr für das junge sozialistische Projekt und werden vor allem durch jüdische Westemigrant\_innen befürchtet. An der Agent\_innenhysterie dieser Zeit scheitern viele Einwanderungswillige wie Eschweges Freund\_innen aus Palästina und Genin. Letztere muss jahrelang hartnäckig ihren Wunsch auf Umsiedlung verfolgen, da sie aufgrund ihrer Westemigration und ihres Jüdisch-Seins als internationale Agentin verdächtigt wird. Mitnichten war also die „jüdische Frage“ in der DDR gelöst und Antisemitismus alleiniges Problem der BRD. Obwohl sich die DDR als antifaschistischer Staat verstand und inszenierte, war der

Antisemitismus eben nicht „mit der Wurzel ausgerottet“. Antisemitismus war im Antifaschismus realsozialistischer Provenienz möglich, wenn auch nicht in Form und Dimension einer Staatsideologie, sondern eher als potentielle, unbewusste und in der Regel sicherlich ungewollte ideologische Affinität oder aber im privaten Bereich. So kann davon ausgegangen werden, dass in der DDR bei Einzelnen antisemitische Denkmuster der NS-Zeit überdauerten und sich teilweise mit der israelfeindlichen Haltung der SED verschmelzen bzw. an diese anschließen konnten. Hierbei wirkte sogleich das kommunistische Faschismusverständnis, welches die Externalisierung der nationalsozialistischen Verbrechen aus dem eigenen nationalen Selbstbild ermöglicht und dadurch „das Volk der Antifaschisten“ von jeglicher Mitschuld und Verantwortung freispricht. Auch wenn die SED Antisemitismus scharf verurteilte und im Gegensatz zur BRD konsequenter und damit glaubwürdiger personelle und ideologische Kontinuitäten mit dem NS gekappt hatte, darf nicht ausgeblendet werden, dass strukturelle wie inhaltliche Affinitäten der manichäischen Weltdeutung der SED, ihres Faschismusverständnisses sowie des staatlich verordneten Antizionismus zu antisemitischen Denkmustern bestanden. Sowohl Eschwege als auch Genin legen dar, dass ihnen trotz ihrer explizit antizionistischen Einstellung Zionismus unterstellt wird. Damit wird die Position der SED fragwürdig, die stets glauben machen wollte, der Antizionismus sei vom Antisemitismus zu unterscheiden, beide Phänomene hätten nichts gemein. Indem die zionistische Haltung Eschwege und Genin gerade nicht wegen etwaiger politischer Äußerungen, sondern aufgrund ihres Jüdisch-Seins zugeschrieben wird, scheint sich das Gegenteil anzudeuten.

Salomea Genin und Helmut Eschwege setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise mit ihrem Leben in der DDR auseinander. Während Genin sich vor allem auf psychologisch-privater Ebene mit ihrem Leben beschäftigt, fokussiert Eschwege in seiner Autobiographie eine historisch-ideologische Ebene und sich als öffentliche Person. Im Mittelpunkt bei Genin stehen insbesondere die Aufarbeitung ihrer jahrelangen Tätigkeit für die Stasi und ihres dysfunktionalen Verhältnisses sowohl zu ihrer Mutter als auch zu ihrer Schwester Renia. Ihre Beziehung zu ihrem Vater wird dagegen kaum thematisiert, allerdings hatte sie zu diesem nur wenig Kontakt. Dabei ist sie auf der Suche nach klaren Antworten und Erklärungen, die komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen drohen. Während Genin ihre Stasi-Mitarbeit heute scharf verurteilt und diese damit erklärt, dass sie als naive, gutgläubige junge Frau auf der Suche nach bis dato nicht erfahrener Anerkennung und bis dato nicht erfüllter Liebe war, bagatellisiert Eschwege seine Stasi-Tätigkeit und stellt insbesondere heraus, dass er in derartigen Berichten offene Kritik an der israelfeindlichen Haltung der SED äußerte.

Bei der Schilderung antisemitischer Erfahrungen zeigen Genin und Eschwege unterschiedliche Perspektiven. Eschwege konzentriert sich vor allem auf die institutionelle Ebene, die ihren Ausdruck in den ideologisch motivierten Parteiüberprüfungen und -verfahren sowie der antizionistischen Propaganda fand. Dagegen beschreibt Genin antisemitische sowie sexistische Erfahrungen hauptsächlich auf individueller Ebene und bezogen auf einzelne Personen. Diese lassen gleichwohl teilweise Rückschlüsse auf vergangenheitspolitische Diskurse in der DDR zu. Zudem werden in den Darstellungen in Genins Autobiographie die Interdependenzen von Antisemitismus und Sexismus besonders deutlich. Antisemitische Stereotype von der schönen, verführerischen und lüsternen Jüdin sind derart sexuell aufgeladen, dass sie sich von sexistischen Erwartungen und Phantasien, die Männer an sie stellen, nicht trennen lassen. Überdies knüpfen sie an ein tradiertes „Wissen“ über Jüdinnen an, welches sich in der Projektion auf Genin aktualisieren und reproduzieren kann.

Eschwege und Genin schreiben, dass sie voller Idealismus und Tatendrang in die SBZ/ DDR gegangen sind, um den Traum von einem moralisch besseren Deutschland zu verwirklichen und den Aufbau des Sozialismus mitzugestalten. Den von ihnen gezeichneten Erfahrungen ist zu entnehmen, dass ihre Vorstellungen von einer gleichberechtigten und freiheitlichen Gesellschaft im Realsozialismus nur bedingt umzusetzen sind. Schließlich lernen sie, sich auf unterschiedliche Art und Weise mit dem starren System zu arrangieren. Während Genin sich durch ihre freiberufliche Tätigkeit als Übersetzerin einen gewissen Freiraum schaffen kann, schafft Eschwege es trotz vieler Widerstände als Historiker zur Jüdischen Geschichte zu forschen. Auffällig ist, dass beide ihre eher distanzierte Haltung gegenüber der jüdischen Religion nach der Re\_Migration in die DDR aufgeben, sich intensiv mit „ihrem“ Jüdisch-Sein auseinandersetzen und in der jüdischen Gemeinde bzw. im jüdischen Kulturverein engagieren. In Nachfolgestudien könnte daher die Frage von Interesse sein, ob oder inwiefern es gerade das betont religionskritische sowie antizionistische SED-Regime war, welches auf ungewollten Umwegen jüdische Identitätsbildungen förderte?



## 6. Abkürzungsverzeichnis

BPKK	-	Bezirksparteikontrollkommission
ČSR	-	Tschechoslowakische Republik
EKKI	-	Exekutivkomitee der Komintern
KgF	-	Kämpfer gegen den Faschismus
Kominform	-	Informationsbüro der (europäischen) Kommunistischen und Arbeiterparteien
KP	-	Kommunistische Partei
KPD	-	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	-	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	-	Kreispartei kontrollkommission
MfAA	-	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	-	Ministerium für Staatssicherheit; kurz: Stasi
NS	-	Nationalsozialismus
OdF	-	Opfer des Faschismus
PLO	-	Palestine Liberation Organization
SAJ	-	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	-	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SBZ	-	Sowjetische Besatzungszone
SED	-	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	-	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU	-	Sowjetunion; kurz für UdSSR
UdSSR	-	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; vollständige amtliche Bezeichnung
USC	-	Unitarian Service Committee
VdN	-	Verfolgte des Naziregimes
VVN	-	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZK	-	Zentralkomitee der SED
ZPKK	-	Zentrale Parteikontrollkommission

## 7. Literatur

A.G. Gender-Killer (2005): Geschlechterbilder im Nationalsozialismus. Eine Annäherung an den alltäglichen Antisemitismus. In: dies. (Hg.\_innen): Antisemitismus und Geschlecht. Von „maskulinisierten Jüdinnen“, „effeminierten Juden“ und anderen Geschlechterbildern. Münster: Unrast. S. 9-67.

Abusch, Alexander (1946): Der Irrweg einer Nation. Mexiko: Editorial "El Libro Libre".

Abusch, Alexander (1967): Die deutsche Katastrophe. 1946. In: Ders.: Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus. Beiträge zur deutschen Kulturpolitik. 1946-1967. S. 18-28.

Becker, Jurek (1992): Mein Judentum. In: Heidelberger-Leonard, Irene (Hg.\_in): Jurek Becker. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. S. 15-24.

Berger, Christel (Hg.\_in) (2000): Hier im Volk der kalten Herzen: Briefwechsel 1947. Berlin: Aufbau.

Bergmann, Werner (1990): Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Strauss, Herbert A./ Bergmann, Werner/ Hoffmann, Christhard (Hg.): Der Antisemitismus der Gegenwart. Frankfurt a. M./New York: Campus. S. 151-166.

Bergmann, Werner (2004): Geschichte des Antisemitismus. München: Beck.

Bergmann, Werner/ Erb, Rainer/ Lichtblau, Albert (1995): Einleitung. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Vergleich. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland. In: dies. (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M.: Campus. S. 11-17.

Blänsdorf, Agnes (1995): Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Bergmann, Werner et al (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M.: Campus. S. 18-45.

Castro Varela, Maria do Mar/ Dhawan, Nikita (2007): Migration und die Politik der Repräsentation. In: Broden, Anne/ Mecheril, Paul (Hg.\_innen): Re-Präsentationen: Dynamiken der Migrationsgesellschaft. IDA-NRW. Düsseldorf. S. 29-46.

Diekmann, Irene (Hg.\_in): Geliebter Feind - gehasster Freund: Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Julius H. Schoeps. Berlin: Verl. für Berlin-Brandenburg.

Diner, Dan (1988) (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a. M.: Fischer.

Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1951): Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Band I. hrsg. vom Zentralkomitee d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz.

Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1951): Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des politischen Büros. Band II. hrsg. vom

Zentralkomitee d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz.

Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1952): Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Band III. hrsg. vom Zentralkomitee d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz.

Dokumente der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (1954): Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Band IV. hrsg. vom Zentralkomitee d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz.

Eschwege, Helmut (1966): Kennzeichen J: Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Berlin: Verl. d. Wiss.

Eschwege, Helmut (1991): Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden. Berlin: Links

Frübis, Hildegard (2005): Repräsentationen „der Jüdin“. Konzepte von Weiblichkeit und Judentum in der Jüdischen Moderne. In: A. G. Gender-Killer (Hg.\_innen): Antisemitismus und Geschlecht. Von „maskulinisierten Jüdinnen“, „effeminierten Juden“ und anderen Geschlechterbildern. Münster: Unrast. S. 123-142.

Genin, Salomea (2009): Ich folgte den falschen Göttern: Eine australische Jüdin in der DDR. Berlin: Verl. für Berlin-Brandenburg.

Groehler, Olaf (1992): Antifaschismus – vom Umgang mit einem Begriff. In: ders./ Herbert, Ulrich (Hg.): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg: Ergebnisse. S. 29-40.

Groehler, Olaf (1992a): Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. ders./ Herbert, Ulrich (Hg.): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg: Ergebnisse. S. 41-66.

Groehler, Olaf (1993): „Juden erkennen wir nicht an“. In: konkret, Nr. 3/ 1993. S. 50-54.

Groehler, Olaf (1995): Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der SBZ und DDR (1945-1988). In: Bergmann, Werner et al (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M.: Campus. S. 285-301.

Gruppe MAGMA (2001): „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn: Pahl-Rugenstein.

Günther, Meike (2005): Wider die Natur: Zur Verkörperung antisemitischer Stereotype durch Geschlechterkonstruktionen. In: A. G. Gender-Killer (Hg.\_innen): Antisemitismus und Geschlecht. Von „maskulinisierten Jüdinnen“, „effeminierten Juden“ und anderen Geschlechterbildern. Münster: Unrast. S. 102-122.

Hartewig, Karin (2000): Zurückkehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln u.a : Böhlau.

Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburger Edition.

Haury Thomas (2007): „Das ist Völkermord“. Das „antifaschistische Deutschland“ im Kampf gegen den „imperialistischen Brückenkopf Israel“ und gegen die deutsche Vergangenheit. In: Brosch et al (Hrsg\_innen): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Berlin: Metropol. S. 285-300.

Heinrich, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling.

Herbert, Ulrich (1992): Zweierlei Bewältigung. In: ders./ Groehler, Olaf (Hg.): Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten. Hamburg: Ergebnisse. S. 7-28.

Hollitzer, Siegfried (1994): Die Juden in der SBZ und ihr Verhältnis zu Staat und Kirche. In: Ephraim Carlebach Stiftung (Hg\_in): Judaica Lipsiensia: zur Geschichte der Juden in Leipzig. Leipzig: Edition Leipzig. S. 217-227.

Hollitzer, Siegfried (1994a): Eugen Gollomb (1917-1988). In: Ephraim Carlebach Stiftung (Hg\_in): Judaica Lipsiensia: zur Geschichte der Juden in Leipzig. Leipzig: Edition Leipzig. S. 309-311.

Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburg: Hamburger Edition.

Kahane, Anetta (2010): Mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Antisemitismus in der DDR. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hg\_in): „Das hat's bei uns nicht gegeben!“. Antisemitismus in der DDR. Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung. S. 6-10.

Kahn, Siegbert (1948): Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland. Berlin: Dietz.

Kershaw, Ian (2006): Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek: Rowohlt. Dt. Erstauflage 1994.

Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems. Berlin: Tiamat.

Leo, Maxim (2009): Haltet euer Herz bereit: eine ostdeutsche Familiengeschichte. München: Blessing.

Ley, Michael (2003): Kleine Geschichte des Antisemitismus. München: Wilhelm Fink.

Mecheril, Paul (2003): Prekäre Verhältnisse - Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit. Münster: Waxmann. S. 32-56.

Meining, Stefan (2002): Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Hamburg: Lit.

Postone, Moishe (2005): Antisemitismus und Nationalsozialismus. In: ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Freiburg: Ça ira. S. 165-194. Erstmals veröffentlicht 1979, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung, H. 3/4, S. 37-47.

Runge, Irene/ Bachmann, Ralf (Hg. \_innen) (2009): WIR. Der Jüdische Kulturverein Berlin e. V.. 1989-2009. Mannheim: Wellhöfer Verl..

Schoeps, Julius H. (Hg.) (1992): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/ München: Bertelsmann-Lexikon-Verl..

Ulbricht, Walter (1945): Die Legende vom „deutschen Sozialismus“. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus. Berlin: Verl. Neuer Weg.

Ulbricht, Walter (1950): Lehrbuch für den demokratischen Staats- und Wirtschaftsaufbau. Berlin: Dietz.

Wippermann, Wolfgang (1997): Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt: Primus.

Zehl Romero, Christiane (1993): Anna Seghers. Reinbek: Rowohlt.